

Bezugspreis:
Inhalt: 12 Hefen, 12 Monate, 12 Hefen im Haus, voraus zahlbar, Postbezugs monatlich 20.- M., einseit. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 24.- M., für das übrige Ausland 32.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Brümmel“ und der Beilage „Siedlung und Riegarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Leipziger-Abteilung
Sozialdemokratisches Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngezeigten Komplexanzeigen kosten 2.- M. Kleine Anzeigen das erste Heft 200 000 Wörter, jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengänge und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 4.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Zustellung.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größtens von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worwiplan 15153-97
Expedition Worwiplan 11753-51

Mittwoch, den 25. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Worwiplan 11753-54

Ein letzter Ausweg.

In den gestrigen Verhandlungen über die Finanzreform, die sich zunächst recht kritisch gestalteten, wurde zuletzt ein Plan zur Erörterung gestellt, auf den sich möglicherweise Sozialdemokratie und Zentrum einigen werden. Es handelt sich dabei im wesentlichen darum, die Kredithilfe, wie sie seinerzeit von der Industrie bedingungsweise in Aussicht gestellt wurde, gesetzlich zu fixieren. Würde ein solcher Entwurf einer gesetzlichen Kredithilfe durch ein Mantelgesetz mit den Steuerentwürfen fest verbunden, so ergäbe sich daraus ein Ganzes, dem die Sozialdemokratische Partei voraussichtlich ihre Zustimmung nicht verweigern würde.

Eine andere Frage ist, ob dieser Plan, der für die Sozialdemokratie die Grenze des Entgegenkommens bildet, die Zustimmung des Zentrums und der Demokraten finden wird. Daß dies der Fall sein werde, ist als einigermaßen wahrscheinlich zu betrachten, dagegen scheint bei der Deutschen Volkspartei irgendeine Neigung, den Forderungen der Sozialdemokratie entgegenzukommen, nicht zu bestehen. Dann würde, vorausgesetzt, daß eine grundsätzliche Einigung mit Zentrum und Demokraten zustande käme, eine Mehrheit nur mit Hilfe der Unabhängigen zu schaffen sein, deren Vorstand für heute 11 Uhr vormittags zum Reichstanzler gebeten worden ist.

Des schweren Ernstes der Lage dürften sich jetzt alle beteiligten Parteien bewußt sein. Die sozialdemokratische Fraktion hat deutlich zu erkennen gegeben, daß ihr nichts ferner liegt als die Absicht, Ministerstürzerei zu treiben, daß sie im Gegenteil schon im Interesse unserer Außenpolitik das Verbleiben des Kabinetts Birth im Amt dringend wünscht. Aber dieser Versuch kann nicht so allbeherrschend werden, daß die Partei um seinerwillen von Forderungen ablassen könnte, deren Notwendigkeit und Gerechtigkeit von den breitesten Massen des Volkes, weit über unsere Parteikreise hinaus, erkannt wird.

Die bürgerlichen Parteien wissen jetzt genau, woran die Sozialdemokratie unter allen Umständen festzuhalten entschlossen ist. Es liegt bei ihnen, ob sie den Weg zur Lösung betreten oder aber das Reich in eine heillose Krise hineingleiten lassen wollen.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet:
Am Dienstag nachmittags trat unter Beistellung des Reichstanzlers der Interfraktionelle Ausschuss zusammen, um über das Steuerkompromiß zu verhandeln. Die Sitzung kam aber der Verständigung um keinen Schritt näher. Es bestanden nach wie vor große Schwierigkeiten in bezug auf die Fragen, ob die gesamten Steuerentwürfe von einem Mantelgesetz umfaßt werden sollen, ob

den Genossenschaften eine Ausnahmestellung im Umsatzsteuergesetz zu gewähren ist, über die Höhe der Umsatzsteuer, die Kohlensteuer und über die Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke bei der Steuereinschätzung. Schon der Blick auf die Anzahl und den Charakter dieser Differenzpunkte, zu denen noch weitere traten, zeigt, mit welchen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gerechnet werden mußte. Ueber ein sichtbares Opfer des Beschlusses war in der interfraktionellen Sitzung gleichfalls kein Weg zur Verständigung zu finden. Unter diesen Umständen ist verständlich, wenn die Gerüchte über eine bevorstehende Regierungskrise kein Ende nehmen wollten.

Um 3 Uhr nachmittags trat die Sozialdemokratische Fraktion zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, die naturgemäß den Steuerfragen galt. Die Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß sich unsere Partei von der immer und immer wiederholten Forderung einer sichtbaren Anspannung des Beschlusses nicht denks zurückdrängen zu lassen. — Um 5 Uhr nachmittags begann eine neue interfraktionelle Aussprache, um 6 Uhr sollte das Reichskabinett zusammentreten. Für 8 Uhr abends war die Fraktion wieder einberufen. Sie begann bald darauf ihre Sitzung, die kurz war, da man sich darauf beschränkte, den Bericht des Genossen Hermann Müller über die vorangegangenen Verhandlungen entgegenzunehmen.

Der Tag blieb ohne Entscheidung. Die für nachmittags 6 Uhr angelegte Kabinettsitzung fiel aus, weil der Interfraktionelle Ausschuss bis gegen 8 Uhr abends tagte und dann ohne Ergebnis auseinanderging. Es ist sicher, daß Reichstanzler Dr. Birth sich persönlich bemüht, sein öffentlich gegebenes Wort, den Beschl. stark heranzuziehen, in die Wirklichkeit umzusetzen. Die bürgerlichen Parteien zeigten aber wenig Neigung, ihn in dieser Hinsicht zu unterstützen. Die Situation wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei am Mittwoch vormittags um 9 1/2 Uhr ohne die Sozialdemokratie verhandeln werden, um den letzten Versuch zu einer Verständigung zu machen. Für 11 Uhr ist die Führerschaft der USB zum Reichstanzler geladen. Im Laufe des Nachmittags wird die Sozialdemokratische Partei neuerdings verammelt. Die Zeit drängt zur Entscheidung! Es ist deshalb mit großer Bestimmtheit zu erwarten, daß bis heute abend eine Klärung erfolgt und Sicherheit darüber verschaffen wird, ob das Kabinett Birth am Ruder bleibt oder einem rein bürgerlichen Weg macht.

Etwas optimistischer meldet T.L.: Die bürgerlichen Parteien sind bemüht, einen Weg zu finden, um zu einer Einigung mit den Sozialdemokraten zu kommen. Man wird versuchen, zu dem bisherigen noch ein weiteres Opfer des Beschlusses zu bringen, um eine Einigung zu erzielen.

Der Wohnungsneubau in Gefahr

Von Ing. Martin Wagner.

Der Reichstag hat in diesen Tagen eine schwere Entscheidung zu fällen. Durch die Verabschiedung des Wohnungsabgabegesetzes sollen die Mittel für den diesjährigen Wohnungsneubau bereitgestellt werden.

Obgleich die interessierten Kreise die Reichsregierung wiederholt auf eine beschleunigte Bereitstellung der Baugeldmittel gedrängt haben, und obgleich der Wohnungsausschuss des Reichstages schon im November vorigen Jahres ein Wohnungsbauprogramm von jährlich 200 000 Wohnungen der Reichsregierung mitgeteilt hat, stehen wir heute wieder vor der traurigen Tatsache, daß wegen der Verzögerung der Mittelbeschaffung der Wohnungsneubau vor Juni/Juli dieses Jahres kaum in Fluß zu bringen sein wird. Sofern das Reich morgen das Gesetz verabschiedet, müssen erst die Länder und Gemeinden ihre Beschlüsse fassen, und erst auf Grund dieser Beschlüsse können die verschiedensten Bauherren mit der Ausarbeitung der Pläne und daraufhin erst mit dem Bau beginnen. Erfahrungsgemäß gehen nach der Mittelbewilligung noch mehrere Monate ins Land, ehe mit dem Bauen angefangen werden kann.

Ist eine Verzögerung, die eine wesentliche Verteuerung der Neubauten nach sich ziehen wird, schon zu beklagen, dann müssen wir noch mehr bedauern, daß die zur Bewilligung beantragten Mittel völlig unzureichend sein werden, um ein Bauprogramm von 200 000 Wohnungen zur Durchführung zu bringen.

Als der Unterausschuss des Wohnungsausschusses des Reichstages im August vorigen Jahres über das Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/1923 verhandelte, erreichten die Baustoffpreise das 14fache des Friedenspreises. Zu der Zeit, als der Wohnungsausschuss des Reichstages sein Programm der Reichsregierung übergab (4. November 1921), waren die Baustoffpreise bereits auf das 15fache des Friedenspreises gestiegen. Als die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften den neuen Entwurf eines Wohnungsabgabegesetzes vorlegte (Anfang Januar 1922), waren die Baustoffpreise gar auf das 28fache der Friedenspreise gestiegen.

Durch den Gesetzesentwurf der Reichsregierung sollen nur 3 Milliarden Mark für die Abdeckung der überbewerteten Baukosten flüssig gemacht werden. Fragen wir uns, wie viel Wohnungen wir mit diesem Betrage bauen können, und zwar a) für den Fall, daß die Wohnungsabgabe von 3 Milliarden Mark direkt zur Verteilung von Baukostenzuschüssen verwendet wird, und b) für den Fall, daß die 3 Milliarden zur Hälfte direkt und zur Hälfte zur Verzinsung und Tilgung einer auf 20 Jahre aufzunehmenden Anleihe verwendet werden, dann würden wir in folgenden Monaten nach Fall a und b folgende Zahl von Wohnungen bauen können:

Im Monat	1921	1922	1923
August	50 000	300 000	300 000
November	43 000	280 000	280 000
Januar	27 000	170 000	170 000
Mai	21 000	130 000	130 000
Juli	17 000	100 000	100 000
Oktober	12 000	80 000	80 000

Wenngleich die oben genannten Ziffern auch nur die mutmaßliche Steigerung der Baukosten bis zum Oktober dieses Jahres und damit die Hemmungen der Neubautätigkeit zum Ausdruck bringen, so wird doch jeder Fachmann, der die Bauwirtschaft im Zusammenhange mit der allgemeinen Wirtschaft zu beurteilen in der Lage ist, zugeben, daß wir mit einer weiteren Steigerung der Preise für Arbeitsleistung und Baustoffe zu rechnen haben, und daß die obige Schätzung eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist.

Welche Schlussfolgerung haben wir aus den obigen Zahlen zu ziehen?

Das Gesetz, das dem Reichstage vorliegt, kann unmöglich in der Fassung angenommen werden, daß die Wohnungsabgabe auf nur 25 Proz. begrenzt werden soll. Die Städte und Gemeinden müssen die Möglichkeit haben, die Wohnungsabgabe mit steigender Geldentwertung zu erhöhen, wenn die Bauherren nach Beginn der Bauten nicht in die Verlegenheit kommen wollen, aus Mangel an Mitteln die Fortführung wieder einzustellen. Diese Erhöhung der Wohnungsabgabe ist auch für den Fall notwendig, daß die Spekulation auf die Kapitalbeschaffung auf dem Anleihewege eine Fehlspeculation wird. Schon heute ist vorauszusehen, daß bei steigender Geldentwertung Anleihen auf dem allgemeinen Kapitalmarkt zu erträglichen Bedingungen nicht unterzubringen sind, weil das verfügbare Kapital durch die Industrie und durch den Handel mit steigender Geldentwertung voll in Anspruch genommen wird. Weiterhin muß der Reichstag noch den Beschluß fassen, daß der Ausschuss des Reichstages des Reiches wesentlich erhöht und nicht, wie der Reichsrat in völliger Verkennung der Sachlage beschlossen hat, von 10 auf 5 Proz. der Bruttoeinnahmen herabgesetzt wird. Das Reich muß zu Zeiten steigender Geldentwertung hinreichendes Kapital zur Verfügung haben, um in den dringendsten Notfällen eingreifen zu können. Vor allem muß es Mittel zur

Poincaré zu Kompromissen bereit?

Wir wiesen im gestrigen Morgenblatt auf eine offizielle Havas-Meldung hin, in der über die angebliche Ansicht der englischen Regierung in der Frage des englisch-französischen Bündnisses berichtet wurde. Es hieß darin, England werde möglicherweise damit einverstanden sein, die Dauer des Vertrages auf 30 Jahre anzusetzen. Eine Mitärkonvention und die Ausdehnung des Abkommens auf Polen lehne England ab. Wir knüpften daran die Bemerkung, daß es sich um ein Rückzugsmanöver Poincarés zu handeln scheint. Diese Auffassung bestätigt sich insofern, als eine zweite offizielle Havas-Meldung Frankreichs Haltung bei den Verhandlungen mit England, die in London wieder aufgenommen werden, dahin präzisiert, die französische Regierung schlage die Ausdehnung des Vertrages auf 15 bis 20 Jahre vor. Nicht nur ein deutscher Eingriff auf französisches Gebiet, sondern auch ein solcher gegen die alliierten Truppen in der neutralisierten Rheinzone müsse als eine feindselige Handlung gelten, durch die das Abkommen wirksam werde. Im übrigen nehme man von der Forderung einer Mitärkonvention Abstand und begnüge sich mit dauernden Abmachungen zwischen den beiden Generalstäben. In der kleinasiatischen Frage sei man mit einer Konferenz zwischen England, Italien und Frankreich einverstanden, auf der man über eine Vermittlung in dem griechisch-türkischen Streit zu beraten haben werde, und auch über die Konferenz von Genua wünsche man sich auszusprechen. Word Georges deutsche Worte scheinen also nicht ohne Eindruck geblieben zu sein.

Auch der „Temp“ warnt davor, dem Bogen allzu straff zu spannen. In einem Artikel seines Londoner Korrespondenten heißt es: „Es gibt Engländer, die die Kriegsgefahr von französischer Seite kommen läßt. Das sei eine der Folgen der Befehle von Frankfurt und Darmstadt im April 1920. Weiter heißt es in dem Artikel, England sei nicht ohne weiteres bereit, einzugreifen, wenn an der Ostgrenze der Befehlszone Schwierigkeiten entstehen sollten, auch könne es nicht den territorialen Stand in Carova, wie er im Versailles Vertrag festgelegt sei, verbürgen. Besonderes Mißtrauen zeige sich Polen gegenüber. Auch hier werde alles von den Ereignissen abhängen. Französischerseits dürfe man nicht versuchen, die Klausel allzu streng zu fassen.“

In der „Coe Nouvelle“ veröffentlicht Gaston Jéze einen Artikel über die „neue“ Politik, in dem ausgeführt wird, das deutsche Vermögen bestehe größtenteils aus Privateigentum. Indem Jéze weiter auf die Schwierigkeiten eingeht, dieses Privateigentum zu erfassen, stellt er für den französischen Standpunkt folgende Thesen auf:

1. Es ist äußerst schwierig, eine so ungeheure Forderung, wie die Forderung an Deutschland einzuziehen. Wenn das gelingen soll, müssen die Alliierten sich darum bemühen. Ein isoliertes Vorgehen wird absolut ohnmächtig sein.
2. Die Zuhilfenahme der Gewalt wird uns in unlösliche Schwierigkeiten stürzen sowohl bei den Deutschen als bei den Alliierten.
3. Selbst unter Mitwirkung der Alliierten wird die völlige Einziehung der Forderung von Deutschland unmöglich sein, wenn Deutschland sie nicht will, denn die Zahlungsmittel müssen durch die Arbeit des deutschen Volkes herbeigeschafft werden. Wir müssen also das deutsche Volk davon überzeugen, daß es ein Interesse an der Bezahlung hat. Dazu müssen alle Völker der Welt die Deutschen durch Wirtschafts- und Finanzabmachungen zur Produktion anregen, anstatt Zollschranken vor ihnen aufzurichten und ihre Waren unter Prohibitivmaßnahmen zu stellen.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß auch in dem Frankreich Poincarés die Stimmen der Vernunft nicht verstummen.

Verständigung in Kleinasien?

Reuter meldet aus Konstantinopel, die Verhandlungen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Probleme des nahen Ostens seien soweit vorgeschritten, daß Lord Curzon eine Note unterbreitet habe, in der die Bedingungen Großbritannien aus einanderzusetzen werden. Es verläutet, daß die Räumung Smyrnas zugestanden werde unter angemessenen Bürgschaften für die griechischen Minderheiten. Die Grenze Thraziens werde etwa südlich im Schwarzem Meer über Tschorlu verlaufen und bei Rodosto am Marmarameer endigen. Diese Grenze werde jedoch sowohl in französischen als auch in türkischen Kreisen als strategisch mangelhaft angesehen. Man hoffe daher, daß die Grenze so abgeändert werde, daß sie auch die Dardanellen umfasse mit einem besonderen Regime für West-Thrazien nach Abhaltung einer Volksabstimmung.

Berfügung haben, um den Baukostenwucher, auf den ein großer Teil der Baukostensteigerung zurückzuführen ist, bekämpfen zu können.

Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, das Wohnungsabgabegesetz beweglicher zu gestalten als der Gesetzentwurf der Reichsregierung dies vorsieht, sonst kommt der Wohnungsbau bei steigender Geldbewertung zum Erliegen, sonst schädigen wir nicht nur die Wohnungslosen, sondern auch die Bauarbeiter und den gesamten Baumarkt, von dessen Beschäftigung eine Reihe wichtiger Industriebetriebe abhängig ist.

Städtetag und Wohnungsbau.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat beauftragt die Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Städte sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und Reichstag gegenüber einen Ausschuss gebildet, der aus den Oberbürgermeistern Vöth, Berlin, Adenauer, Köln, Blücher, Dresden, Glauching, Darmstadt, Luther, Essen und Wigglass, früher in Bromberg, besteht.

In Übereinstimmung mit dem vom Wohnungsausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gefassten Beschlusse hält der Vorstand des Deutschen Städtetages trotz aller volkswirtschaftlich entgegenstehenden Bedenken die Erhöhung der Reichswohnungsabgabe auf 100 Prozent der Friedensmiete für unvermeidbar. Ferner wurde zum Beamtenabgabengesetz und zum Arbeitsnachweisgesetz Stellung genommen und über die Vorarbeiten zur Gründung eines Sachverständigenratesverbandes der Stadtgemeinden Mitteilung gemacht.

Republikanische Reichskonferenz.

In Weimar fand am Sonntag, den 22. Januar 1922, unter dem Vorsitz des Thüringischen Staatsministers Freiherrn v. Brandenstein eine Konferenz der Vorstände des Republikanischen Reichsbundes von Weimar und Bayern, des Republikanischen Lehrerbundes und des Republikanischen Richterbundes statt. Zugewogen waren u. a. Bundesvorsitzender Spitz aus München, Universitätsprofessor Dr. Rantowicz aus Freiburg i. Br. und Amtsgerichtsrat Marquard aus Charlottenburg. Es wurde ein gemeinschaftliches Arbeiten auf allen Gebieten der Ausbreitung republikanischer Kultur und Befestigung der demokratischen Republik verabredet. Insonderheit ist die Gründung weiterer Ortsgruppen des Reichsbundes und der ihnen angegliederten Fachverbände sowie der Anschluß weiterer republikanischer Organisationen an den Republikanischen Reichsbund in die Wege geleitet worden.

Bausteine zum Einheitsstaat.

Wir haben in Deutschland noch immer eine Reihe von kleinen und kleinen „Staaten“, die nicht recht in unsere Zeit hineingehören. Es war deshalb seinerzeit ein großer Fortschritt, wenn sich die Thüringischen Staatsgebiete zu einem einheitlichen Staatsganzen zusammenschlossen. In diesem Sinne erfolgte vor kurzem auch der Anschluß des Völkchens Pyrmont an Preußen. Das Nachbargebiet Waldeck steht vorläufig noch außerhalb der Gemeinschaft. Die Zentralstelle für Gliederung des Reiches hat daraufhin in ihrer letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Zentralstelle stimmt der Angliederung Pyrmonts an Preußen zu. Sie hält aber auch das Weiterbestehen des Landes Waldeck, das ohnehin schon seit 45 Jahren eines selbständigen Lebens als Land entbehrt, nicht als im Sinne der Reichsverfassung liegend und empfiehlt dem Reichsminister des Innern, alsbald unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung Verhandlungen wegen einer Vereinigung Waldecks mit Preußen herbeizuführen.“

In der Streitfrage zwischen Preußen und Groß-Hamburg hält die Zentralstelle eine Einverleibung der preussischen, auf den Elbinseln liegenden Gemeinden Wilhelmshagen, Reuhof, Altenwälder und Finkenwälder nach Hamburg für wünschenswert. Die Ausdehnung der einheitlichen Hafenverwaltung über die Süderelbe

hinaus sieht aus haften technischen Gründen nicht in demselben Maße dringlich. Ein Austausch der Hamburger Ostsee-Moorburg, soweit sie südlich der Süderelbe liegt, gegen das preussische Gebiet auf den Elbinseln, käme viel mehr bei Verlegung der Landesgrenze in den Lauf der Süderelbe in Frage. Weiter sei eine engere Verwaltungsgemeinschaft der preussischen und hamburgischen Gemeinden westlich bis etwa Wedel, nördlich bis zu den Hamburger Elbkölen (sog. Waldhöfen) und östlich bis etwa Reinbeck notwendig. Bei Einverleibung von Gebietsteilen der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein nach Hamburg müßten die finanziellen Interessen der beiden Provinzen und der beteiligten Kreise gewahrt werden, indem ihnen für die verloren gehende Steuerkraft ein voller, auch die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigender Ersatz, wie im Kommissionsbericht vom 30. April 1921 vorgeschlagen, gewährt wird.

Die „teueren“ Betriebsräte.

Pro Tag und Kopf 1,30 M.

Im 23er Ausschuss des Reichstages ließ die Regierung am Montag anlässlich der Beratung des Beamtenabgabengesetzes bekanntgeben, wie groß die Zahl der Betriebsräte und Beamtensvertreter im Bereiche der Reichseisenbahnverwaltung ist, wieviel Arbeitsstunden die Betriebsräte veräumen und wieviel Millionen Mark sie dem Reich kosten. Aus dieser offenbar zu bestimmten Zwecken mit ganz besonderem Fleiß bearbeiteten Aufstellung ergibt sich, daß es im Reichseisenbahnbetrieb rund 25 000 (genau 24 796) Betriebsräte und 26 000 Beamtensvertreter gibt. Die Betriebsräte veräumen insgesamt im Monat 200 000 Arbeitsstunden. Dieser Ausfall bedingt einen Mehraufwand für Löhne von zirka 850 000 M. monatlich, da für die Betriebsräte während ihrer Abwesenheit zum größten Teil Vertreter gestellt werden müßten. Die jährlichen Gesamtkosten, die die Einrichtung der Betriebsräte dem Reiche verursachen, belaufen sich auf zirka 10 Millionen Mark. Ueber die Beamtensvertretungen liegen genaue Berechnungen noch nicht vor. Schätzungsweise kosten sie 11½ Millionen Mark im Jahre.

Dieses Zahlenmaterial läßt die reaktionäre Presse natürlich in fester Aufmachung auf ihre Leser wirken, um ihnen zu zeigen, was für ein kostspieliger Apparat doch dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist. Die Endsummen sollen wirken und werden sicher auch bei den „sparjamen“ Kapitalisten, Bucherern und Schiebern Eindruck machen. Wie sehen aber die Dinge in Wirklichkeit aus?

Rund 25 000 Betriebsräte veräumen im Monat infolge ihrer gesetzlichen Tätigkeit 200 000 Arbeitsstunden. Das macht pro Kopf und Monat 8 Stunden, in der Woche nicht ganz 2 Stunden und auf den Tag umgerechnet 15 bis 20 Minuten. Die 25 000 Betriebsräte verursachen im Monat 850 000 M. Kosten, das macht auf den Kopf umgerechnet 34 M. im Monat, nicht ganz 8 M. in der Woche und zirka 1,30 M. pro Tag. Dazu kommen noch zirka 11 M. Speise pro Betriebsrat im Monat. Wie bei den Arbeitern, so liegen die Dinge auch bei den Beamten.

Wenn man berücksichtigt, daß die Betriebsräte und Beamtensvertreter schon allein dadurch, daß sie in hundert verschiedenen Fällen ernsthafte Konflikte schlichteten, Millionenverluste verhindert haben, dann erscheinen die 25 Millionen Mark, die man im Jahre für sie ausgibt, doch recht gering. Wenn man darüber hinaus noch all die vielen brauchbaren Vorschläge, die die gesetzlichen Arbeiter- und Beamtensvertretungen zur Verbesserung und Verbilligung des Betriebes gemacht haben, vorwirft, würde man würde das Vielfache dessen aus dem Eisenbahnbetrieb herauswirtschaften können, was die Betriebsräte und Beamtensvertretungen kosten. Aber darauf kommt es der bürokratischen und reaktionären Verwaltung gar nicht an. Ihr Ziel ist es, die Arbeitervertretungen zu diskreditieren, und um dieses Ziel zu erreichen, scheut sie keine Mittel und keine Arbeit.

Vielleicht machen die Vertretungen der Arbeiterschaft einmal eine Aufstellung darüber, wie viele der höheren Verwaltungsbeamten weniger als acht Stunden arbeiten, und wieviel die Eisenbahnverwaltung ersparen könnte, wenn auch diese Kategorien den Achtstundentag voll ausnützen würden.

Eine neue Reichstagsfraktion.

Elf Männlein als „Vereinigte“ Kommunisten.

In der kommunistischen Reichstagsfraktion hat sich der von uns bereits angekündigte Szenewechsel am Dienstag vollzogen. Aus der Vereinigten kommunistischen Fraktion sind ausgetreten: Die Abgeordneten Geyer jr., Eichhorn, Malzahn, Braß, Frick, Plettner und Vertele. Damit ist die kommunistische Arbeitsgemeinschaft, zu der die Ausgetretenen übergegangen sind, auf 15 Mann und so zur Fraktionsstärke angewachsen. Die Vereinigte kommunistische Fraktion zählt jetzt nur noch 11 Mitglieder und hat hiermit jedes den Fraktionen zustehende Recht verloren.

Kein Hungerstreik in Hamburg.

Hamburg, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Presse verbreitet die Nachricht, daß sich politische Gefangene im Hamburger Staatsgefängnis schon den zweiten Tag im Hungerstreik befinden und fordert im Anschluß daran die „Freilassung der politischen Gefangenen“. Die Tatsache ist folgende:

Von 115 anlässlich der Märzaktion bestraften Gefangenen befinden sich lediglich noch 19 in Haft. Davon haben 6 den Hungerstreik erklärt. In Wirklichkeit aber hat sich bis zur Stunde noch kein Gefangener geweigert, irgendwelche Nahrung aufzunehmen. Die ganze Aktion beruht auf einer Erfindung der kommunistischen Partei.

Steuerakten, die nicht verschwinden.

Die seltsame Methode, politische Gegner mit Hilfe von Privatdetektiven zu bekämpfen, kam in einer Verhandlung gegen den Inhaber eines Privatdetektivinstituts und Kriminalwachmeister a. D. Louis Hauschild wegen versuchter Verletzung gemäßer §§ 1 und 4 der Verordnungen vom 3. Mai 1917 und 12. Februar 1920 zur Sprache. Wie das Gericht in den Urteilsgründen als festgestellt ansah, hatte der Angeklagte einem bei dem Finanzamt Bilmersdorf tätigen Steuerassistenten für die Abschrift jeder Seite der Steuerakten Dr. Helfferichs 1000 M. geboten. Hauschild erklärte dabei, daß er auch den Auftrag habe, das Hauspersonal Dr. Helfferichs auszuheben. Der Steuerbeamte erstattete bei seiner vorgelegten Behörde Anzeige über den Verfall. Das Gericht sah auf Grund dieses Sachverhalts den Angeklagten als schuldig an und verurteilte Hauschild zu 3000 M. Geldstrafe.

Ohne voreilige Schlüsse daraus zu ziehen, sei daran erinnert, daß im Fall Erzberger und im Fall von den Kerckhof, als es sich darum handelte, einen republikanischen Minister festzustellen und einen deutschnationalen Abgeordneten vor der Bloßstellung zu bewahren, Steuerakten mißbraucht wurden bzw. verschwinden konnten, ohne den Urheber des Vergehens festzustellen.

Internationaler Minderheitenschutz.

Die Kommission für Minderheitsfragen, die der Weltverband der Völkerbundvereine eingeleitet hat, versendet über ihre erste Tagung folgenden Bericht:

Die Tagung fand am 19. und 20. Januar in Brüssel statt und hat einen Bericht vorbereitet, der der Vollversammlung des Weltverbandes in Prag Anfang Juni vorgelegt werden soll. Den Bericht führte Sir Willoughby Dickinson, früheres Unterhausmitglied. Betreten waren: Deutschland durch den Grafen Bernstorff, Belgien durch Senator Lafontaine, Frankreich durch Professor Luard, weiterhin Argentinien, Griechenland, Polen, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Ungarn. Geschäftsführer war der Generalsekretär des Weltverbandes, Professor Th. Ruyssen.

Für die Frage der Minderheiten in der Tschechoslowakei und Polen, Oesterreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien wurden Unterausschüsse eingesetzt. Die Art der Verhandlungen eröffnet die besten Aussichten auf die künftigen Beschlüsse.

Eine zweite Tagung wird im April voraussichtlich in München stattfinden. Vertreter der Minderheiten werden eingeladen werden, das Material der Kommission durch persönliche Ausführungen vor ihr zu ergänzen.

Arthur Nikisch.

In der feierlichen Stunde, da er vor den Berlinern in der Philharmonie dirigieren sollte, schloß Nikisch die Augen. Nun heißt es Dank sammeln dem Meister, der unser aller Führer war im Land der klassischen, der romantischen Musik. Ueber ein Vierteljahrhundert hat er, der legitime Nachfolger Bilows, die Konzerte geleitet, die der Hauptstadt Welt Ruhm verschafften. Die Seele wachte sich geborgen, Aug' und Ohr labten sich, wenn Nikisch das Podium betrat. Man wachte: in dieser einzigen Hand des einzigen Dirigenten deuteten Ruhe, Festigkeit, Loden und Drohen immer nur die Demut, die Erschütterung, die Inbrunst einem Schöpfungsweck gegenüber. In seinen Tönen, liebedoll betruet, mosaikartig gebaut, festgefittet durch die feiertägliche Bestimmung eines Urkenners, wurde die Einsönne, das Konzert, das Programm neu geboren. Der alles konnte, kannte nur eins nicht: Stillstand. Der alles beherrschte, konnte sich nicht genug tun im Retouchieren, Neugeschaffen, Leben, Formen. Ohne Probe hätte er Beethovens und Beethovens und Schubert nicht gespielt, auch nicht zum 100. Male. Seine Gewissenhaftigkeit zerfloß nicht in der Geschäftigkeit, sie schwanden auch nicht in dem Gefühl einer stets bereiten und stets wirkenden Suggestion auf Musiker und Publikum. Nie ist aus Ruhe und Behaltenheit eines Dirigenten solch stark lebendiges, temperaments- und schwungvolles, abgeklärtes und zauberhaft-inniges Musikieren geworden wie in den Philharmonischen Konzerten. Dieser wahre Vorkämpfer lernte nicht aus, weil seine Liebe zum Werk sich immer neu entsachte. Momentane Ausdruckskraft, allgegenwärtige Inspiration, Beherrschung der Stimmung vom ersten bis zum letzten Ton, Unschätbarkeit der technischen Handhabung ohne jedes Gefühl des Drills — das waren Imponderabilien, an denen der Zauber, das Fluidum, die magische Kraft Nikischs hing. Ein Miniaturzeichner: gewiß; aber das Werk gab seine Farben, sein Beuchten, seine Tönungen in vollendetster Form her.

Seine große Liebe waren Beethovens, Brahms, Liszkowsky und die deutschen Romantiker, denen er mit fast weiblicher Inbrunst Treue hielt. Am Modernismus, der über Bizet und Strauß rogen wollte, ging er zwar nicht achtlos vorüber, aber zu seinem festen, in Mensch, Leben und Geschmack verankerten Programm gehörte das Nur-Neue, Modische nicht. Das hätte selbst bei dem konservativen Publikum der „Philharmonischen“ über kurz oder lang einmal zu einem Konflikt führen können. Diesem inneren Kampf hat höhere Macht ein rubiges Ende gemacht.

Voller Schmerz halten wir die Frage zurück, was nun werden wird. Wir fühlen die große Lücke, den schneidenden Riß, und wir trauern in Dankbarkeit um den einzigen großen Dirigenten seit Bilow, der im Reproduzieren von Kunstwerken wirklich wieder schöpferisch Kunstwerke schuf. Das Leben geht weiter, auch in der Musik. Der Geist so heiliger Tradition aber, wie er im Namen und Wirken Nikischs lebendig war, kann nicht in Keonen untergehen.

Dr. Kurt Singer.

Der Tod eines Papstes war in mittelalterlichen Zeiten für das christliche Volk ein Freudenfest. „Das Hinscheiden des Oberhauptes“

erzählt Gregorovius in seiner Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter, „brachte jedesmal ausgelassene Freude unter dem Volk hervor; denn das Schiff Petri schien gestrandet, und sein Gut herrenlos und plünderungsfrei.“ Die Diener des Papstes und das Volk machten von diesem „Strandrecht“ ausgiebigen Gebrauch. Sie brachen in die Gemächer des Toten ein, plünderten den ganzen päpstlichen Palast und schleppten alles, was sie dort fanden, mit sich fort. Und sie fanden Vieles und Wertvolles. Denn die heiligen Väter pflegten damals einen pompösen, durchaus unchristlichen Luxus zu treiben. Ihre Wohnräume strahlten von Gold, Purpur und Samt; sie speisten auf goldenem Geschirr und tranken ihren Wein aus kostbaren Bechern oder Trindhörnern. Beim Gastmahl erzeute ihre Sinne der Anblick schöner Tänzerinnen und kein Brunnen mißgönnte ihnen diesen Genuß. Daß das römische Volk vor diesen Stellvertretern Christi besondere Ehrfurcht hegen sollte, war nicht zu erwarten; dazu sah es die Dinge zu sehr aus der Nähe. Und so löste auch der Tod eines Papstes keine schmerzlichen Gefühle aus, sondern nur das Bedürfnis, den Zustand der Anarchie bis zur Wahl eines neuen Oberhauptes nach Möglichkeit auszunutzen. Aber auch der neue Papst mußte sich — so gebot es die Sitte — das Wohlwollen seiner römischen Untertanen zunächst erkaufen. Er mußte die Priesterkastei und die Äbte mit Geld beschenken und Lebensmittel an die ärmere Bevölkerung der ewigen Stadt verteilen. Das verursachte oft große Schwierigkeiten, weil er Schatzkammer, Keller und Vorratsräume bei seinem Einzug in die lateranische Residenz regelmäßig total ausgeplündert vorfand. Wenn er kein eigenes Vermögen besaß, sah er sich daher genötigt, gleich bei Amtsantritt seine Zuflucht zu einem größeren Pump zu nehmen, was wieder für die römischen Bankiers nicht unvorteilhaft war. So brachte das Ableben eines Papstes vielfachen Segen mit sich und es ist kein Wunder, daß dem damaligen Klerus und der Bevölkerung der Stadt Rom die möglichst häufige Wiederkehr dieses Ereignisses wünschenswert erschien und daß man, wenn sie einmal gar zu lange auf sich warten ließ, mit kleinen Mitteln wirksam nachzubessern suchte.

Waldegers Hände. Als vor einem Jahre Wilhelm Waldeyer starb, erregte seine letztwillige Verfügung Aufsehen, wonach sein Gehirn und seine Hände aufbewahrt werden sollten. Zu welchem Zweck der berühmte Anatom diese Bestimmung getroffen hat, darüber berichtete Hans Birkow in der letzten Sitzung der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte. In Baldeners Testament heißt es: „Ich bin ein alter Anatom, wir Anatomen müssen mit gutem Beispiel vorangehen... Meine Kinder wollen es ihrem Vater, der mit Leib und Seele Anatom war, zugute halten, wenn er so verfügt.“ Die Aufbewahrung des Gehirns ist nach den Untersuchungen, die z. B. in früheren Jahren von Hansemann mit dem Gehirn von Helmhoß und dem von Adolf Wenzel angefertigt hat, verständlich. Die Aufbewahrung seiner Hand/teile sollte nach der von Hans Birkow ausgebildeten Methode erfolgen, und so ist sie inzwischen im Berliner Anatomischen Institut ausgeführt worden. Diese Methode dient dazu, festzustellen, wieviel die Gesamtforn der Hand der Skelettgrundlage verbannt. In Baldeners letztwilliger Bestimmung heißt es: „Meine Hand ist eine Scheithand. Es hat vielleicht ein anatomisch-physiologisches Interesse, eine solche Hand mit der anderer nach dem Verfahren Birkows zu vergleichen. Den Kollegen Fied (den Amtsnachfolger Baldeners) bitte

ich, meiner Hand einen Platz im Anatomischen Museum der Universität einzuräumen.“ Dement'sprechend ist nun verfahren worden. Charakteristisch bis in die kleinste Bildung ist die Ausbildung der rechten Hand Waldegers als Schreibhand, der linken Hand als Stützhand, — z. B. mit der charakteristischen Abbiegung der Finger, die den Federhalter zu führen gewohnt sind, und der Umbiegung des kleinen Fingers der linken Hand, die das Papier zu halten pflegt. Die Hände eines großen Gelehrten sind also hier als ausdrucksvoller Teil seines Körpers im Skelett erhalten geblieben.

Das warnende „Singen“ der Grubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Benzinsicherheitslampe, deren Flamme sich verfährt und vergrößert, wenn gefährliche Grubenstoffe austreten. Durch die Einführung der elektrischen Grubenlampe ist nun dem Bergmann die Möglichkeit genommen worden, stets an seiner Lampe das hereinbrechen schlagender Wetter selbst feststellen zu können. Deshalb wird in jedem Grubenorte der sog. „Ortsälteste“ mit einer Benzinsicherheitslampe versehen, und sein verantwortliches Amt ist es, durch Beobachtung der Flamme die Schlagwettergefahr zu erkennen und die Arbeitsgenossen durch Zuruf zu warnen. Wie Prof. M. Schwarz in der „Anschau“ mitteilt, ist es nun gelungen, die Warnung vor Schlagwetter nicht nur sichtbar, sondern auch hörbar zu machen. Der Professor an der Bergwerkschule in Leoben Gleibner hat durch Versuche festgestellt, daß mit der sog. chemischen Harmonika Methan und alle brennbaren Gase durch das „Singen“ der Flamme nachzuweisen sind. Er hat einen tönen den Schlagwetteranzeiger in der Form einer Grubensicherheitslampe hergestellt, der die Sicherheit im Bergbau sehr erhöht. Diese „singende“ Lampe entspricht in der äußeren Gestalt der Benzinslampe; doch sind im Oberteil und am Brenner Einrichtungen für die Tonerzeugung eingebaut. Durch die Vergrößerung der Benzinslampe beim Austritten brennender Gase entstehen Schwankungen, die vermöge dieses Apparates in einem deutlichen Ton wahrnehmbar werden. Sobald der einziehenden Luft keine brennbaren Gase mehr beigemischt sind, hört das Tönen auf und die Flamme brennt wieder in normaler Weise. Zahlreiche Versuche haben ergeben, daß diese singende Lampe ein absolut zuverlässiger und sicherer Anzeiger für das Auftreten von Schlagwetter ist, und die Warnung wird dadurch nicht nur einem einzelnen Beobachter gegeben, sondern sie dringt zugleich in alle Ohren.

Schreckensjahren auf einem brennenden Schiff. Grauenhafte Einzelheiten über die Katastrophe des deutschen Dampfers „Vesta“, der, wie bereits gemeldet, infolge der Explosion der aus Naphtha und Spiritus bestehenden Ladung während eines furchtbaren Sturmes auf hoher See in Brand geraten war, werden von den in London gefandenen Überlebenden berichtet. „Unmittelbar nach der Explosion“, erzählte der zweite Offizier, „wurde das Deck von einer Flammenwelle übersüht. Kurz darauf erfolgte eine zweite Explosion. Ich stand neben dem Kommandanten auf der Kommandobrücke, als, wie sie eben aus dem Schlaf gefahren war, seine junge Frau laut schreiend vor uns auftauchte. Der Kapitän, erst seit drei Wochen verheiratet, nahm die vom Schrecken völlig Gelähmte in den Arm und sprang mit ihr, ehe wir es hindern konnten, in die See, in der er spurlos verschwand. Eins der Rettungsboote war in Brand geraten, das andere wurde von den Wellen

Wirtschaft

Deutschlands Kohlenförderung 1921.

Die Förderungsergebnisse des deutschen Kohlenbergbaues im Jahre 1921 werden jetzt bekanntgegeben. Sie zeigen bei allen Produkten des Kohlenbergbaues eine bemerkenswerte Steigerung gegen das Vorjahr. So konnte die Steinkohlenförderung um rund 5 Millionen Tonnen gegen das Vorjahr erhöht werden, die Braunkohlenförderung stieg um 11,1, die Koksproduktion um 2,7, die Herstellung von Brechkohlen aus Steinkohlen um 0,8, diejenige aus Braunkohlen um fast 4 Millionen Tonnen. Bemerkenswert ist dieses Ergebnis vor allem deshalb, weil die Erhöhung der Steinkohlenförderung im Gegenlag zu vorigem Jahr ohne wesentliche Leistungen von Nebenprodukten erzielt wurde und die Förderung Oberschlesiens im ersten Halbjahr unter dem Druck der Kohlenkrise stand. Im Vergleich zu früheren Jahren zeigt die Förderung im Gebiete des heutigen, durch Gebietsabtretungen und durch die Vordrängung des Saargebietes verkleinerten Deutschland mit Einschluß von Oberschlesien folgendes Bild:

Jahr	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Brechkohlen aus Steinkohlen	Brechkohlen aus Braunkohlen
	in Millionen Tonnen			in Millionen Tonnen	
1913	173,1	87,2	82,6	6,8	22,0
1917	164,4	95,5	82,4	5,2	22,0
1918	148,1	100,8	82,3	5,2	23,1
1919	107,6	93,8	21,2	4,0	19,7
1920	131,3	111,9	25,2	4,9	24,3
1921	139,2	123,0	27,9	5,7	23,2

Die Gegenüberstellung des Jahres 1913 und 1921 zeigt, daß die Steinkohlenförderung immer noch um 38,9 Millionen Tonnen hinter der Vorkriegsförderung zurückbleibt. Rechnet man dazu die Ausfälle, die der deutschen Kohlenverföderung durch die Lieferungen an die Entente entstehen, so erklärt sich die gegenwärtige Kohlenknappheit ohne weiteres.

Besser steht es mit der Braunkohle. Deren Förderung ist gegen 1913 um 35,8 Mill. Tonnen, also um mehr als zwei Fünftel gestiegen. Doch ist die Braunkohle kein voller Ersatz für die Steinkohle, da ihre Brennkraft nur rund ein Drittel der Steinkohle beträgt. Die Koksproduktion wurde in den letzten Jahren kräftig gesteigert und bleibt nur noch wenig — um 4,7 Millionen Tonnen — hinter der Vorkriegsleistung zurück. Die Herstellung von Brechkohlen aus Steinkohlen ist geringer, während Braunkohlenbreitsend in größerer Zahl hergestellt wurden als vor dem Kriege. Die Braunkohlenbreitsenderzeugung ist dabei nicht so stark gestiegen wie die Braunkohlenförderung.

Sehr lehrreich ist ein Vergleich mit dem von Streik und Putzsch durchbrochenen Revolutionsjahr 1919, das einen besorgniserregenden Zustand der Kohlenförderung mit sich brachte. Damals wurden 28,6 Mill. Tonnen Steinkohlen, 29,2 Mill. Tonnen Braunkohlen weniger gefördert, als im letzten Jahre, und auch bei den weiter bearbeiteten Erzeugnissen ergeben sich riesige Ausfälle. Die Differenz des letzten Jahres ist ein Beweis dafür, daß die Arbeitsfreude sich merklich gehoben hat; freilich wurde die Kohlenförderung zu einem erheblichen Teil durch Vermehrung der Vorkriegsleistung erreicht. Ist es nicht aber auch ein Beweis wachsender Arbeitsfreude, wenn diese Bergbauende deutscher Arbeiter ihren Beruf aufgeben und sich der schwersten Arbeit zugewandt haben? Ist es nicht auch ihr Verdienst, daß die Förderung in diesem Umfange gehoben werden konnte?

Gegen das Jahr der Arbeitskämpfe fördern wir jetzt an Steinkohlen 23,6 Millionen Tonnen mehr. Trotzdem leidet die Industrie unter der Kohlennot, da es besonders an hochwertiger Kohle fehlt. Die Ententelieferungen, obwohl sie bereits geringer sind, als sie im Friedensvertrage vorgesehen waren, nehmen einen großen Teil des Nebenproduktes in Anspruch. Aber fast die gleiche Menge wie diese Kohlenförderung, nämlich 24,4 Millionen Tonnen, verlieren wir durch die Teilung Oberschlesiens. Wohl bleibt Polen zur Lieferung eines großen Teiles der Förderung verpflichtet. Aber diese Lieferungen müssen wieder mit Warenausfuhr bezahlt werden, deren Ertrag wir zur Rohstoff- und Lebensmittelversorgung Deutschlands ebenso notwendig brauchen wie zur Bezahlung der Weltmarktschulden aus den Reparationen. So ist zu beschränken, daß die Zeit der Kohlenknappheit noch längst nicht überwunden ist, es sei denn, daß eine industrielle Krise, wie sie nach Abbau der Lebensmittelzuschüsse und nach Erhöhung der Kohlenpreise auf den Weltmarktpreis von vielen erwartet wird, den Bedarf der Industrie verringert.

Auch Thyssen begibt sich in die Elektroindustrie. Der Thyssen-Konzern baut seine Betriebe in großem Umfange aus. Kürzlich wurde gemeldet, daß er mehrere neue Schächte in seinen Kohlengebieten niederbringt, ferner sind Erweiterungen des Hüttenbetriebes geplant und auch schon begonnen. Jetzt wird bekannt, daß Thyssen eine große Anlage für Herstellung elektrischer Artikel plant. Auch hier sind also Bestrebungen im Gange, die große Kohlenförderung des Konzerns mit der Fertigungsindustrie zu verschmelzen, ähnlich wie es der Stinnes-Konzern durch die Angleichung der Stinnes-Werke getan hat, während die AEG von der Elektroindustrie aus nach den Kohlen hin Konzentrationsbestrebungen verfolgt hat. Außerdem sollen die Kohlenwerke stark ausgedehnt werden.

Deutsche Not in West und Ost.

Der Preussische Landtag hat gestern die Vorlage über die Gewährung von weiteren Teuerungszuschlägen

an die unmittelbaren Staatsbeamten verabschiedet und die Vorlage über die Teuerungszuschläge zu den Gehältern der Rotäre, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher usw. in erster und zweiter Lesung angenommen.

Darauf wird die Beratung der Großen Anträge und Anträge über die Lage im besetzten rheinischen Gebiet fortgesetzt.

Staatskommissar für die Volksernährung Dr. Hagedorn bespricht die Maßnahmen der Reichs- und Staatsbehörden zur Behebung der Ernährungsschwierigkeiten.

Abg. Haas (Soz.):

Das Ministerium Poincaré bedeutet wahrscheinlich eine Verstärkung der Französisierungsbestrebungen im Rheinlande. Wir haben bedauerlicherweise diesen Bestrebungen nichts entgegenzusetzen, als die Reichstreue der Rheinländer. Die preussische und die Reichsregierung müssen noch mehr als bisher versuchen, persönliche Verbindungen mit den Behörden und der Bevölkerung dort herzustellen. Dem Zentrumsantrage auf Übernahme der den Gemeinden auferlegten Wirtschaftsbefähigungszuschüsse auf die Staatskasse stimmen wir zu, wünschen aber Ausschüßberatung. Die Gesamtkosten der Befähigungszulagen usw. müßten eigentlich von der Gesamtbevölkerung des Reiches getragen werden. (Sehr richtig!) Die Gemeindebehörden sind überhaupt nicht mehr Herr im eigenen Hause.

Heberall reden die Befähigungsbehörden hinein;

sie besetzen Schulen und andere öffentliche Gebäude für ihre Bureauzwecke und mischen sich in Gehalts- und Lohnstreitigkeiten. Die Wohnungsnot hat im besetzten Gebiet einen ganz unerträglichen Umfang angenommen. Für Wohnungsbauten müssen die Gemeinden gewaltige Summen aufwenden, so bisher 350 Millionen Mark. Die Soldaten, insbesondere die Charpantiere, bringen ihre Angehörigen mit. Dazu kommen die Palastkrieger, Kaufleute usw. In Köln haben sich eine ganze Anzahl ausländischer Firmen niedergelassen. Ausländisches Kapital verjudet in deutsche Unternehmungen einzudringen und ein großer Teil der deutschen Kapitalisten unterstützt dieses Eindringen. Die Verordnung, die den Ausländern verbietet, deutsche Bedarfsgegenstände zu kaufen, kam viel zu spät und wurde durch

ausländische Schieber unter deutscher Mithilfe

umgangen. Den kleinen Schiebern ging es an den Kragen, die großen gingen frei aus. Es ist Pflicht der Regierung, den Rheinländern über ihre Ernährungsschwierigkeiten hinwegzuhelfen und das Abschüttungsverfahren der Kriegs- und Befähigungsschäden zu beschleunigen. Wünsche auf Kosten des Reiches können aber dabei nicht geduldet werden. (Sehr richtig!) Wie steht es mit dem Personenschadensgesetz? Beschwerde ist es, wenn Willensbesitzer ihre Villen den Befähigungsbehörden anbieten, lediglich zu dem Zweck, um von deutscher Einmischung verschont zu bleiben! Die Zahl der Separatisten ist in erfreulicher Weise zurückgegangen; von dem Ministerwechsel in Frankreich erhoffen sie eine wesentliche Förderung ihrer Bestrebungen. Die rheinische Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, will von dem Franzosenfreunde Smeets und seiner Gefolgschaft nichts wissen. Sie fällt auf die

Sirenenklänge von der großen westlichen Demokratie

nicht mehr hinein, denn sie weiß, daß die größte Gefahr für die Ruhe und den Frieden Europas im Augenblick der französische Militarismus ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dem Eingreifen der Militärbehörden in die deutsche Justiz im Falle Smeets rechtlich nicht an das Verlangen der Rheinlandkommission nach Überwachung der Schulen daraufhin, ob der Schulunterricht auch im Sinne der Erhaltung des Weltfriedens gemäß Art. 148 der Reichsverfassung erfolge. Wir Sozialdemokraten wünschen natürlich auch, daß Artikel 148 beachtet wird. Aber das ist eine rein deutsche Angelegenheit, und wir werden schon allein mit den Lehrern fertig, die gegen ihn verstoßen und lehnen die Einmischung der Befähigungsbehörden ab. Manche deutschnationalen Blätter werden von ihrem Hass gegen „das tote Preußen“ dazu verführt, einen Ton in der Polemik anzuschlagen, der nur den Separatisten Wasser auf ihre Mühlen leitet. In demselben Tage, an dem die Rheinlandkommission den Schulüberwachungsausschuß einsetzte, fragten Pariser Schulkinder ängstlich ihre Eltern, ob die Andeutung Poincarés über

einen drohenden Krieg stimme. Der verlorene Krieg hat bei uns Deutschen derartige Eindrücke hinterlassen, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes sich stets in dem Rufe vereinen wird:

Nie wieder Krieg!

Wenn aber die Zahl der Andersdenkenden in Deutschland gemachsen ist, so ist das auf die Politik der Entente, insbesondere der Franzosen und Belgier und auf die Uebergriffe ihrer Kolonialtruppen zurückzuführen. Wir wünschen nur, daß sich alle Länder so vom Militarismus befreien würden, wie es Deutschland getan hat. Angesichts der Drohungen und der Worte Poincarés, daß die Anrechnung der Besatzung noch nicht begonnen habe, müssen alle Parteien und die Regierung ihr Verhalten so einrichten, daß sich die Verhältnisse im besetzten Gebiet nicht noch schwieriger gestalten. Sollten wirklich die Tage des Erfüllungskabinetts Wirth gezählt sein, nur weil die Besiehenden nicht in ihren Geldbeutel greifen wollen, so würde das eine

ungeheure Stärkung der imperialistischen und militaristischen Bestrebungen

in Frankreich bedeuten. Wenn wir demgegenüber mit aller Kraft darauf drängen, daß an der Erfüllungspolitik festgehalten wird, dann treiben wir damit eine Politik, die nicht nur der Bevölkerung des besetzten Rheinlandes, sondern dem ganzen deutschen Volke zugute kommt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Danker (D. Sp.): Die Rheinländer sind mit Leib und Seele Preußen.

Abg. Pfenze (Komm.): Gerade die besiehenden nationalistischen Kreise im besetzten Gebiet sind es, die dem Eindringen des Imperialismus die Wege bahnen. Viel schlimmer als die schwarze Schmach ist die weiße Schmach in Mitteldeutschland. (Psuirufe rechts und in der Mitte.)

Abg. Almer (N. Soz.): Die Besetzung des Rheinlandes mit schwarzen Truppen ist nicht auf Bosheit zurückzuführen, sondern auf wirtschaftliche Gründe. Die schwarze Schmach wird vielfach übertrieben. Viele Lehrer haben tatsächlich gegen Art. 148 verstoßen. Wir sollten nicht vergessen, was das elbische Volk vom preussischen Militarismus erdulden mußte. (Psuirufe.) Poincaré ist Feind von Ihrem (zur Rechten) Fleisch. Die Rechtssozialisten sollten es einmal der Rechten überlassen, zu zeigen, wie sie die Not der besetzten Gebiete und des ganzen deutschen Volkes lindern kann. Die Aussprüche schließt. Die Anträge gehen an Ausschüsse, der Antrag auf Beschleunigung des Abschüttungsverfahrens hinsichtlich der Kriegs- und Befähigungsschäden wird angenommen.

Die

Genehmigung zur Strafverfolgung

des Abg. Schoenbeck (Komm.) wird mit 176 gegen 155 Stimmen der drei sozialistischen Parteien, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Eberlein mit 263 gegen 50 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten erteilt. Die sofortige Inhaftnahme Eberleins wird mit 172 gegen 134 Stimmen genehmigt. (Lebh. Psuirufe und Lärm b. d. Kommunisten.)

Es folgt die Beratung der deutschnationalen Anträge zugunsten der

aus Neupolen vertriebenen Ansiedler.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf sagt zu, daß diese Landwirte bei Neuverpachtung staatlicher Domänen in erster Linie berücksichtigt werden sollen.

Nach mehreren anderen Rednern spricht

Abg. Wende-Berlin (Soz.):

Auch wir fühlen mit den deutschen Brüdern und wollen ihnen helfen. Leider schüren die Polen die nationale Leidenschaft mit den Fehlern der alten preussischen Polenpolitik. Die Ansiedlung hätte damals nicht nach politischen Grundfragen getrieben werden dürfen. Der Großgrundbesitz, der Siedlungsland genug zur Verfügung hat, muß die Vertriebenen ansiedeln. Von den vertriebenen Arbeitern haben die Vorredner leider nichts gesagt. Auch ihnen muß geholfen werden. Das Verdrängungsgesetz, das in nächster Zeit vorgelegt wird, macht einen Teil der Anträge überflüssig. Der vorzugewiesenen Berücksichtigung vertriebener Ansiedler bei der staatlichen Domänenverpachtung stimmen wir zu.

Mittwoch, 10 Uhr vormittag: Etatsrede des Finanzministers.

Ein internationaler Zusammenschluß im Verkehrsgewerbe. Die Aktiengesellschaft für Transport und Verkehr gab zu ihren 3 Millionen Mark Aktienkapital für 3 Millionen Mark neue Aktien aus, und zwar an die Interkontinentale Aktiengesellschaft für Transport- und Verkehrsweisen in Triest, deren Namen sie jetzt übernimmt. Durch diese Verschmelzung mit dem österreichisch-ungarischen Unternehmen erhält die deutsche Aktiengesellschaft etwa 60 Auslandsfilialen.

Polen beschlagnahmt nicht mehr. Wieder sind vielfach auf der Eisenbahn bedrohte Güter während ihrer Beförderung durch den polnischen Korridor beschlagnahmt worden. Das polnische Kriegsministerium und das polnische Transitkomitee haben jedoch vor kurzem ein strenges Verbot gegen die Beschlagnahme an die örtlichen Stellen erlassen. Wenn eine polnische Ziehe den Durchtransport bestimmter Güter für unzulässig hält, so dürfen diese nicht mehr beschlagnahmt, sondern sie müssen zurückgewiesen werden. Ueber die Zulässigkeit einer derartigen Zurückweisung sind Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland in Aussicht genommen. Im allgemeinen kann jedoch bereits jetzt damit geredet werden,

daß sich der Verkehr nach Ostpreußen in Zukunft ohne weitere Beschlagnahmungen abwickeln wird. Wegen der Ausgleichung von Schäden für die zurückliegende Zeit sind noch Verhandlungen im Gange. Schadensanträge, die sich auf Beschlagnahmungen im Korridor in der Zeit vom 1. Oktober 1919 ab beziehen, können bei dem Reichsminister Pöggold, Eisenbahndirektion Ostern, Bahnhof Zoo, angebracht werden.

Die Krise in Schweden. Die schwedischen Werften beschäftigten am 1. Januar 4069 Arbeiter gegen 10 907 am 1. September 1920, was eine Verringerung der Arbeiterzahl um 63 Proz. bedeutet. In der Elektrizitätsindustrie ist die Arbeiterzahl während derselben Zeit um 47 Proz. zurückgegangen, in der gesamten Maschinenindustrie von 60 000 auf 27 000, d. h. um 54 Proz.

Die Diamantenschleiferei macht zur Zeit eine schwere Krise durch. In Antwerpen, nach Amsterdam einem der bedeutendsten Sitze der Diamantindustrie, beträgt die Zahl der Arbeitelosen dieses Gewerbezweiges tödlich. In der abgelaufenen Woche waren 1439 Arbeiter ohne Beschäftigung, während in der Woche vorher die Zahl der Beschäftigten 1365 betragen hat.



Hauschuhe

noch sehr billig

Tuch-Schlüpfer

mit Kordelsolte, buntfarbig, warmes Filzfüßler
Größe 36-42

21,50

Kamelhaarstoff-Schnallstiefel

Lederspitze, mit Filz- und Ledersohlen u. Absatzleck
Größe 31-35

29,-

EchtKamelhaar-Umschlagschuhe

mit sehr schönem Seldensampon, in weisse dicke Filz- und Ledersohle, nur

79,-

Prina Kamelhaar-Schlüpfer

mit Fz- und Ledersohle, gute, reiche und möllige Ware, Gr. 43-47 79,-

Größe 56-4 69,-

Filz-Schnallstiefel

schwarz, m. gutem, weissem Friesfüßler, vorzügliche Qualität, Gr. 43-47 59,-

Größe 36-42 79,-

Sonder-Angebot



Preisen

Vom eisigen Eisen.

Der Winter macht nun sein Herrschaftsrecht geltend. Innerlich fängt die Quecksilbersäule des Thermometers, und wenn dann noch der eisige Nordostwind über's Land weht, ist jeder froh, wenn er im schützenden Zimmer einen Unterschlupf findet.

Der Verkehr auf den Straßen ist in besonderer Eile, die Fahrgäste in der Straßenbahn kriechen zu Eisklumpen, und nur die Glücklichen, die jetzt die Eisenbahn benutzen können, sind, wenn auch oft in drückender Enge, im Warmen. Aber viele zwingt der Versuch um Verweilen in der grausamen Kälte. Da arbeiten in nächtlicher Stunde Männer an den Schienen der Straßenbahn.

Es ist ein wahres, umgekehrtes Höllendasein. Sie alle sehnen den Frühling herbei und mit ihnen Tausende und aber Tausende, die nicht so unter der Unbill der Witterung zu leiden haben.

Die Berliner Tarifierhöhungen.

Das Schicksal der Deckungsvorlagen noch ungewiß.

Der Ständige Getausch der Berliner Stadtverordnetenversammlung trat gestern in die allgemeine Aussprache über die Deckungsvorlagen ein, die ja im wesentlichen in den neuen Tarifierhöhungen für Gas auf 3 M., Wasser auf 1,30 M., Elektrizität auf 6 M. und Straßenbahn auf 2 M. besteht.

Die in großer Zahl vorgelegten Unterlagen gaben ein anschauliches Bild von dem schmerzlichen Stand unserer städtischen Werke. Die Befürworter der „gemischtwirtschaftlichen“ Betriebe müssen endlich das Verlogene ihrer Axtation einsehen, wenn sie erfahren, daß alle städtischen Betriebe außer der Straßenbahn sich auch heute noch rentieren.

Das heißt letzten Endes für ihre sozialen und kulturellen Aufgaben, nicht aber zur Balancierung der einzelnen Wertsetzungen selbst. Es handelt sich hier, wie Genosse Heimann unlängst im Reichstag sehr richtig ausgeführt hat, im Grunde um verkaufte indirekte Steuern, zu denen man seine

Zusucht nehmen muß, weil das Reichsfinanzministerium jede andere Einnahmequelle verweigert. Augenblicklich würden die Werke auch ohne die Erhöhungen der Tarife noch folgende Erträge bringen: Elektrizitätswerke 125, Gaswerke 6 (statt 42 nach dem Etat), Wasserwerke 8 (statt 14) Millionen.

Auf Antrag der Deutschnationalen gaben die Vertretungen einen Heberblick über die bisher getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung der Rentabilität der Werke, insbesondere über die Entlassung überflüssiger Arbeiter und die Durchführung des Wirtschaftstages. Die Unabhängigen lehnten jede neue Tarifierhöhung kategorisch ab, gleichgültig, welche Folgen sich daraus für die Werke und für die Stadt im allgemeinen ergeben sollten.

Der Ausschuss hat sich bis Donnerstag vertagt, um noch Aufklärungen über diese grundsätzlichen Fragen entgegenzunehmen. Des Schicksal der Deckungsvorlage ist noch durchaus ungewiß, da einstweilen die Deutschnationalen ebenso wie die Unabhängigen und Kommunisten zu ihrer glatten Ablehnung bereit zu sein scheinen.

Erklärungen zum Brand in Tempelhof.

In der Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Tempelhof, die gestern zusammengetreten war, lagen in bezug auf den Brand der Sarotti-Fabrik sowohl von den beiden sozialistischen Fraktionen wie auch von den bürgerlichen Anträgen vor, die für das Bezirksamt vom Bürgermeister Groß, Stadtbaurat Bräuning, Stadtrat Cwath und von Brandmeister Kelsch als Sachverständigen beantwortet wurden.

Der Brand im Keller der Werke ist etwa um 9 Uhr vormittags ausgebrochen. Die Tempelhofer Feuerwehr wurde aber erst um 10 Uhr 16 alarmiert, und zwar nicht von dem auf dem Fabrikgrundstück befindlichen Feuermelder, sondern von anderer Seite durch telefonische Meldung. 10 Uhr 26 gab der sofort nach dem Alarm zur Brandstelle Teilschritte geeilte Brandmeister nach Tempelhof die Meldung zurück: „Sarotti Großfeuer!“

Die Tempelhofer Wehr mußte nun bei ihrem Eintreffen ihre Arbeit darauf beschränken, die merkwürdigerweise trotz der großen unter herrschenden Gefahr noch immer in den oberen Stockwerken ansehenden 350 Arbeiterinnen, die — wie der Brandmeister Kelsch behauptete — lachend aus den Fenstern herunterstiegen, unter großen Schwierigkeiten über Leitern und mit Stricken retten. Die Tempelhofer Wehr habe schnell und nach allen Richtungen hin tadellos gearbeitet.

Wie erhalten ferner folgende beachtenswerte Zuschrift: Seit wird genauer bekannt, mit welcher Summe die Sarotti-Fabrik ihre Tempelhofer Anlagen versichert hat. Es sind 90 Millionen

Mark. Interessant wird die Zahl erst dann, wenn man diese Summe, wie es das „S. L.“ tut, mit den in der Bilanz stehenden Summen für die Tempelhofer Anlagen vergleicht. In der jüngsten Bilanz standen die Fabrikgebäude der Sarotti-Gesellschaft mit 2,7 Millionen zu Buche, die Maschinen- und die Fabrikrichtung mit — 1 M. Da eine Heberübersicherung bei einer Gesellschaft von der Bedeutung des Sarotti-Unternehmens schon deswegen nicht angenommen werden kann, weil dies Betrug wäre, so muß die Versicherungssumme von 90 Millionen Mark dem wirklichen Wert der abgebrannten Tempelhofer Anlagen nahekommen.

Eine Anfrage der SPD-Stadtverordneten-Fraktion.

Zum Brand der Sarotti-Fabrik hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beschlossen, folgende Anfrage an den Magistrat zu richten:

Der Magistrat wird ersucht, sofort darüber Auskunft zu geben: 1. Wer die Verantwortung für die verspätete Alarmierung der Berliner Feuerwehr bei dem Brande der Sarotti-Fabrik trägt; 2. Welche Maßnahmen getroffen sind, um für die Zukunft eine rechtzeitige Herbeiführung ausreichender Feuerlöschanlagen in ähnlichen Fällen sicherzustellen; 3. Wer die Verantwortung dafür trägt, daß bei dem Bau der Sarotti-Fabrik die baupolizeilichen Feuerlöschanlagen Vorschriften gründlich mißachtet sind. Heimann und Genossen.

In der gestrigen Ausschlußsitzung der Sarotti-Fabrik wurde folgendes beschlossen: Die Sarotti-Fabrik erwirbt die Fabrikanlagen der Firma J. D. Groß-Berlin, um unter eigener Leitung während der Zeit des Wiederaufbaus der Fabrik den dringlichsten Aufträgen zur Erzeugung der Sarotti-Fabrikate benutzt werden. Außerdem schweben Verhandlungen zur Miltung anderer noch mehr in der Nähe der alten Fabrik gelegener Fabrikräume.

Der falsche Kartoffelgroßhändler.

„Baron Ernst von Lepel“ nannte sich der noch jugendliche Kaufmann Gustav Kaegele, der sich in Ormenburg mit dem Kaufmann Dehme wegen Urkundenfälschung in vier Fällen und Betrugs in drei Fällen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte.

Kaegele war bei einem Bediensteten angestellt. Bei dem Stehlen der Kartoffelpreise im vorigen Jahre kam er auf die Idee, man könne durch den Kartoffelhandel Geld in leichter Höhe verdienen, daß man leicht den „Kaegele“ spielen könne. Er machte Offerten an rheinische Städte, die ihm, wie z. B. Düren und Neerlar, Akkreditiv auf Großbanken in Berlin eröffneten. Mit diesen Akkreditiven und mit gefälschten Frachtduplikaten arbeitete er und es gelang ihm in einem Falle 23 000 M., in einem anderen auf ein Akkreditiv von 410 000 M., 130 000 M. bezogen zu bekommen.

21) Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

Frau Helwig wich seinem Blick aus und sagte kalt: „Ich glaubte nicht —“

„Danke, gnädige Frau!“ fiel Werner ein. „Ich habe bereits im Bahnhofsrestaurant gegessen.“

„Das ist etwas anderes!“ Hjarmer nahm Brot und beickte sich, es zu streichen.

„Sie entschuldigen, wenn ich esse, nicht wahr? — Es ist ja ein ernstes Geschäft, das mich erwartet; und ich bin heute nacht schon einmal unterwegs gewesen. — Aber darf ich Ihnen nicht eine Zigarre anbieten?“

Hjarmer stand auf und ging auf den Schreibtisch zu. „Rein, ich danke, Herr Amisvorsteher!“ sagte Werner und hielt ihn zurück. „Ich rauche nur Shag und Zigaretten.“

„Damit kann ich leider nicht dienen!“ Hjarmer setzte sich wieder zum Essen nieder. „Aber bitte, rauchen Sie, wenn Sie selbst damit versorgt sind.“

„Dank!“ sagte Hilöe, aber er machte keine Miene, zu rauchen.

Hjarmer aß nervös und hastig, während Helwig und Hilöe je an einer Seite des Tisches Platz nahmen. Niemand sprach.

Dann begann Hjarmer zu konversieren. „Da, jetzt gilt es die Spur ausfindig zu machen!“

„Welche Spur?“ Hilöe sah geistesabwesend auf. „Die Spur des Mörders.“

„So, ja.“ Frau Helwig hatte dagesehen und Hjarmer angesehen, während er aß, als wolle sie ihre Gedanken zwingen, sich nur mit ihm zu beschäftigen.

Dann wandte sie plötzlich ihren Kopf Werner zu. „Da das Unglück nun einmal geschehen sollte,“ sagte sie und sah ihn fest an, „so bin ich froh, daß es in dem Distrikt meines Mannes vorgefallen ist.“

„Bisio das, gnädige Frau?“

„Dadurch bekommt er endlich mal mit einer großen Sache zu tun. Und Beförderung, Herr Hilöe, ist etwas sehr Wichtiges für eine junge, vorwärtstrebende Familie wie wir.“

Es ging wie eine plötzliche Freude über Hjarmer's nervöses Gesicht mit den diehten, rechtshaffenen Augen.

„Da werden Sie sich wohl kaum hineinversetzen können, Herr Hilöe. In Ihrem Fach ist man an ganz andere Honorare gewöhnt, als wie sie bei königlichen Beamten an der Tagesordnung sind. Aber für uns ist es, wie meine Frau bemerkt, fast ein Glück, eine größere Sache unter Behandlung zu bekommen. Denn dadurch führt der Weg zu größeren Ämtern. Ich habe gerade einen Posten nachgesehen, der ledig geworden ist.“

„Und wissen Sie,“ fiel Frau Helwig ihm in die Rede, „weshalb wir gerade diesen Posten haben möchten?“

„Das kann ich nicht gut wissen, Frau Hjarmer!“ Werner sah sie schwer und ungewiß von der Seite an.

„Weil der, der ihn vorher inne hatte, von dort zum Landrat avanciert ist.“

„Aber Hilöe!“ Hjarmer schüttelte lächelnd seinen Kopf über ihre Offenherzigkeit.

„Und dann meinen Sie, gnädige Frau?“

„Ich meine, das ist das, was man einen Präzedenzfall nennt, Herr Hilöe!“

„Ah so, gnädige Frau wollen Frau Landrätin werden!“ Sie genoz die tiefe Enttäuschung, die durch seine Worte klang, und die seine Stimme vergebens zu verbergen suchte.

„So, denn sehen Sie, Herr Hilöe — ich war eine Landrätin!“ fügte sie hinzu und sandte ihm einen großen, bedeutungsvollen, fast myneren Blick zu.

Im selben Augenblick läutete es an der Haustür — zweimal kurz und einmal lang.

„Das ist Doktor Sgilt!“ sagte Hjarmer froh und sah sich zur Kontorflur um, von wo Doktor Sgilt's kurze, schwere Schritte bereits hereinklangen.

Doktor Sgilt stand in der Tür und trocknete sich den Schwitz von der Stirn.

„Na, wie'er da, lieber Doktor?“ Hjarmer streckte ihm die Hand entgegen.

„Entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen bleibe!“

„Die Tür stand offen!“ sagte Doktor Sgilt und trat näher. „Ja, ich erwarte die Rechtszeugen. Und das Haus kommt heute nacht doch nicht zur Ruh.“

Doktor Sgilt betrachtete den Fremden forschend mit seinen kleinen, scharfen Augen.

Gleichzeitig machte Hjarmer die beiden Herren miteinander bekannt.

„Darf ich vorstellen — unser Hausfreund Doktor Sgilt — Herr Ingenieur Hilöe!“

Werner erhob sich und grüßte schwelgend. Der Doktor aber ging auf ihn zu und reichte ihm die Hand.

„Ihr Gesicht ist mir bekannt!“ sagte er, und als Werner kein Zeichen des Wiedererkennens gab, fügte er hinzu:

„Ich sah Sie in der Eisenbahn im selben Coupé.“

Werners Augen besteten sich auf den runden Kopf des Doktors mit dem ungepflegten Vollbart unter den kleinen, klaren Augen.

„Ich entsinne mich nicht!“

„Aber, da irren Sie sich, Doktor,“ sagte Hjarmer, während er sich eine zweite Tasse Tee einfenkte. „Herr Hilöe kam erst mit dem letzten Zug.“

„I bewahre!“ bestand Doktor Sgilt und schüttelte den Kopf. „Ich sah sogar und zerbrach mir den Kopf, wo ich Ihr Gesicht schon früher gesehen hatte.“

Frau Helwig wandte sich nervös zu ihnen. „Ain, das ist ja ganz gleichgültig!“ sagte sie schnell. „Erzählen Sie lieber vom Mord, Doktor.“

Sgilt zog den Hosensack hoch und sehte sich auf den Buff. „Ja, der Mord!“ sagte er ernst und streckte die Leine von sich. „Ein Schlag von der Seite gegen die linke Schläfe mit einem stumpfen Instrument — Keule oder so was. Das war alles; aber es war genug. Und der alte Widder —“

Hjarmer unterbrach ihn rasch. „Hm! — Herr Hilöe ist ein Neffe des Verstorbenen!“

Doktor Sgilt wandte den Kopf und betrachtete wieder mit Aufmerksamkeit Werner Hilöe's große Züge und breite Schultern.

„Dann habe ich Sie mal vor vielen Jahren behandelt. Mir schien es wohl, daß ich Ihr Gesicht kannte.“

„Schon möglich.“ Hilöe sah gleichgültig vor sich hin. „Ich war während der Akademiezeiten auf dem Gutschof zu Besuch.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Suggestion-Falle.

Phantasien eines „Kriminalpsychologen“.

Vor dem Landgericht III hatte sich unter der Anklage des Betrugs ein junger Mann namens Heinz Wolff-Pinner, seines Zeichens „Kriminalpsychologe“, zu verantworten...

In einem märkischen Orte in der Nähe von Kreuz war dem Besitzer Wth. Böhne eines Tages eine Summe von 20000 M. gestohlen worden, ohne daß man über den Täter sich Klarheit verschaffen konnte. Der Bestohlene wandte sich deshalb an die Detektive...

Die verdächtige Braut war außerordentlich empört, als sie von ihrem angebliehen Schuldigen hörte. Die Sachverständigen Sanitätsrat Dr. Leppmann und Dr. Kronfeld hielten die Angaben des Angeklagten über den Zustand der Wachsuggestion...

Das Viehchen von Nichte.

Das Mitteilungsblatt des Turn- und Sportvereins „Nichte“ bringt in seiner Nr. 1 vom 1. Januar 1922 einen „Aufruf“, in dem es heißt: „Eine entsetzliche, nie dagewesene Hungersnot wütet im weiten Russland...“

Was muß das für ein merkwürdiger Vortrag gewesen sein, der dem deutschen Proletariat das selbe Los wünscht, das ein paar Seiten vorher in dem genannten „Aufruf“ so grauenvoll gekennzeichnet wurde.

Wieder ein Meord durch „Gutsverkäufer“.

5000 Mark Beohnung.

Ein Raubmord in Ostpreußen, dem der Holzhändler Walter Kuchenbender aus Allenstein zum Opfer gefallen ist, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Kuchenbender wurde am 22. Dezember von zwei Männern nach Finster-Damrau im Kreise Ortelsburg gelockt...

Der mißlungene Raub auf dem Postamt 4 in Neuföhren hat sich nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei und der Postverwaltung als ein von launer Hand geplantes Verbrechen herausgestellt. Der Räuber ist ein 22 Jahre alter Mann namens Rudolf Müller...

Drei Todesurteile für Raubmord. Das Schwurgericht in Erfurt verurteilte den Wäcker Tage-Kleinmüssen, den Schlosser Stange-Erfurt und den Schifer Junge-Binderleben, die am Abend des 8. Juni 1921 in der Nähe von Erfurt den Handelsmann Rod-Binderleben ermordeten...

Die Crala hat in diesem Monat Allüren jeden Genres verblüffelt. Neben dem bekannten Cooricien, der das Diabolspiel zu einer Kunst herausgebildet hat, bemerkt man vor allem die drei Willipis, die vorzügliche Strindberg-Ausführer sind...

Am Apollo-Theater will man in einer Varietè-Aufführung „Am Liebesanfang“ mit Biene-Günther spielen ein Drama eine Rolle, worin sich jemand verliert kann. Damit ist alles gesagt. In der nächsten Nummer nähert man sich sehr den Grenzen, und obwohl der Aufsatz wortwörtlich kaum auf eine Substanz erbt, ist er doch lustig genug...

Das Theater Kollid Caprice gibt wieder drei neue Einakter. „Am Liebesanfang“ mit Biene-Günther spielt ein Drama eine Rolle, worin sich jemand verliert kann. Damit ist alles gesagt. In der nächsten Nummer nähert man sich sehr den Grenzen, und obwohl der Aufsatz wortwörtlich kaum auf eine Substanz erbt...

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische knapp, Geschäft ruhig, Preise etwas höher. Fleisch reichlich, Geschäft etwas reger. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ruhig.

Am gestrigen Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Seetachs 11 M. Barsch 12 M. Flundern wurden mit 12 und 13 M. gehandelt. Für einen Vollhering zahlte man 9,90 M. und für einen Fetthering 2-2,20 M. Ein Viertelpfund Erdäpfel kostete 7,50 M. Geräucherter Lachs mußte man mit 60 M. das Pfund bezahlen...

SPD.-Eiterndeiräte Groß-Berlins! Die Sprechstunde am Freitag fällt aus. - Heute, am 25. Januar, beginnt der erste Kursus für Eiterndeiräte, auf den wir noch nicht hinweisen. Es werden behandelt: an drei Abenden: „Die Paulsen'sche Gemeindefortschrittliche“ und an drei Abenden: „Die weillische Gemeindefortschrittliche“...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte, Donnerstag, den 25. Januar, 7 Uhr im Lokal Senfels (Anhalter, Invalidenstr. 1, Ecke Dammstrasse, große städtische Volkshaus). Thema: „Gemeindefortschrittliche und soziale Politik“.

Heute, Mittwoch, den 25. Januar:

- 4. Vbt. Eämtliche Funktionäre und Vertrauensleute treffen sich zur Plenarsitzung um 7 1/2 Uhr bei Schwarz, Bismarckstr. 10.

Frauenveranstaltungen:

- 73. Vbt. Schöneberg, 7 1/2 Uhr bei Groß, Sedanstr. 17. Thema: „Unser neues Parteiprogramm“.

Morgen, Donnerstag, den 26. Januar:

- 17. Kreis, 1/2 Uhr bei Rothe, Ecke Franzfurter Allee und Oudendammstr. Kreisvorstandssitzung.

Frauenveranstaltungen:

- 109. Vbt. Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr im Lokal Otto, Allee, Ecke Wilhelmstraße. Thema: „Unser neues Parteiprogramm“.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SB. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Trepp. Treffpunkt: Reichsstr. 121 bis 121 1/2.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 25. Januar:

- 18. Vbt. Köpenick: Jugendheim Gemeindefortschrittliche Wangelstr. 128. - Vrenslauer Volkshaus: Jugendheim Gemeindefortschrittliche Senfelfeldstr. 47.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Vereinigung demokratischer Kräfte, Vortrag des Herrn Chemparoma am 21.11.11 am Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Auguste-Viktoria-Schule, Rönneberger Str. 63.

Briefkasten der Redaktion.

Saner, Jevosten. Ausführliches über diese Fragen finden Sie in jedem großen Lexikon. Die am Boden des bündigen Genossenschafts (Gewinns) werden durch die Gründung geboben (Freiheit); mit diesem Namen bezeichnet man auch größere Genossenschaften, die von der Art und Antizität in die Ozeane gelangen.

Sozialistische Bildung.

Von Albert Horlik.

Am 24. Januar 1922 beginnt die Sozialistische Bildungsschule ihre fünfte Arbeitsperiode nach dem Kriege. Wenige Tage über drei Jahrzehnte ist es heute her, daß unser unvergeßlicher Führer, der alte Liebknecht, in begeisterten Worten eine nach tausenden zählende Menge zur Gründung der Berliner Arbeiterbildungsschule aufrief...

Allen kämpfenden Sozialisten soll sie Verbreitung und Vertiefung des sozialistischen Wissens bringen, alle mit Erkenntnis ausrüsten und jedem als Frucht seiner Arbeit leuchtende Klarheit spenden. Es gilt neue geistige Werte zu erobern, um Helfer und Führer sein zu können.

Der Lehrplan der Schule beschränkt sich auf das engere Gebiet der Geisteswissenschaften, unter ihnen vornehmlich Wirtschaftswissenschaften und Geschichte. Damit ist nicht etwa ein Werturteil über unsere Stellung zu anderen Wissensgebieten zum Ausdruck gebracht. Ein Tor, wer etwa die Beziehungen der einzelnen Wissensgebiete untereinander übersehen sollte...

Der neueste Stoffplan kündigt für die Zeit vom Januar bis März dieses Jahres 3 Arbeitsgemeinschaften und 11 Vortragsreihen an: Eine philosophische Arbeitsgemeinschaft (Vortr.: Dr. B. Engelhar.) beginnt Dienstag, den 24. Januar, abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksvorstandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen.

Die zweite Arbeitsgemeinschaft bringt unter Leitung des Genossen Max Grünwald selbständige Arbeiten für Fortgeschrittene in schriftlicher und mündlicher Form über wirtschaftliche und historisch-politische Fragen. Sie beginnt am Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Zentral-Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen.

Die dritte Arbeitsgemeinschaft ist eine Sonderveranstaltung für Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften, welche am Dienstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, stattfindet.

Voran schließen sich 11 Vortragsreihen an. Für die in den Eiterndeiräten tätigen Genossen behandeln die Genossen Kreuziger und Schröter in sechs Abenden die Paulsen'sche und die weillische Gemeindefortschrittliche. Die Vorträge beginnen am 25. Januar, entfallen am 1. März und finden in jeder Woche am Mittwoch von 7 1/2 bis 9 Uhr abends in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt.

Eine besondere Vortragsreihe für Frauen behandelt in sechs Abenden unter Leitung der Genossin Wachenheim das Thema „Sozialistische Lebensführung“. Die Vorträge beginnen am 24. Januar und werden bis zum 28. Februar jeden Dienstag von 7 bis 8 1/2 Uhr abends im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof ptr., abgehalten.

Die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus“ behandeln zwei Vortragsreihen, je sechs Abende umfassend. Im Kreis 5, Friedrichshagen, vom 24. Januar bis zum 28. Februar jeden Dienstag von 7 bis 8 1/2 Uhr abends in der Aula der Gemeindefortschrittlichen Linauer Straße, und im Kreis 1, Berlin-Mitte, vom 27. Januar bis 3. März jeden Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr abends in der Aula der Gemeindefortschrittlichen Auguststr. 68.

Weiter beschäftigen sich zwei Vortragsreihen von je sechs Stunden mit dem Thema „Die deutsche Arbeiterbewegung“, beide unter Leitung des Genossen Dr. Schütte; die erste im Kreis 13, Tempelhofer, in der Zeit vom 24. Januar bis 28. Februar, jeden Dienstag von 7 bis 8 1/2 Uhr abends in der 2. Gemeindefortschrittlichen, Friedrich-Wilhelm-, Ecke Werderstraße; die zweite im Kreis 3, Wedding, vom 27. Januar bis 3. März jeden Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr abends im Physiksal des Bezugs, Pantstr. Ecke Wiesenstraße.

Dr. Bendiner behandelt in zwei Vortragsreihen „Wirtschaftsprobleme der Gegenwart“ und zwar im ersten Kreis, Schöneberg, vom 26. Januar bis 2. März jeden Donnerstag von 7 bis 8 1/2 Uhr abends und im 9. Kreis, Wilmersdorf, vom 27. Januar bis 17. März jeden Freitag von 7 1/2 bis 9 Uhr abends in der Hindenburg-Oberrealschule am Coepert.

Im Kreis 12, Steglitz, unterrichtet Dr. Borchardt in acht Abenden vom 27. Januar bis 17. März über „Praktische Kommunapolitik“ jeden Freitag von 8 bis 9 1/2 Uhr abends im Lokal von Stomasser, Steglitz-Eckende, Stephanstr. 1.

Im Kreis 14, Neuföhren, findet unter Leitung des Genossen Theodor Rasche vom 24. Januar bis 28. Februar eine Vortragsreihe über „Die Entwicklung der Geschichte, Staats- und Gesellschaftslehre bis Karl Marx“ (6 Abende) statt, jeden Dienstag von 8 bis 9 1/2 Uhr abends, in der Aula der Mädchenschule, Denauststraße.

Der Manteltarif der Gemeindegewerkschaften.

Ein Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion.

Mit den schwebenden Verhandlungen über den Manteltarif der Gemeindegewerkschaften hat die sozialdemokratische Stadtparlamentarierfraktion sich eingehend beschäftigt. Sie hat zu den wichtigsten Fragen folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„Die Fraktion erklärt, daß sie eine Durchbrechung des Achtstundentages für die städtischen Arbeiter mit aller Entschiedenheit bekämpfen wird. Eine geringere Arbeitszeit kommt nur für besonders schwere und gesundheitsgefährliche Arbeit in Frage. Der Urlaub muß auch weiterhin so bemessen werden, daß er eine wirkliche Erholungsmöglichkeit bietet. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ist in dem Umfang aufrecht zu erhalten, daß den Betriebsräten nicht nur in den Fragen des Arbeitsverhältnisses, sondern auch bei der wirtschaftlichen Ausgestaltung der städtischen Betriebe Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben wird.“

Den Schluß des Kongresses bilden Referate, die sich mit den Aufgaben der Betriebsräte, mit internen Organisationsfragen, den Unfallgefahren und Berufskrankheiten sowie deren Bekämpfung beschäftigen.

In der Aussprache klagte ein saarländischer Delegierter über die Verhältnisse, die die Arbeiter des Saargebietes unter der französischen Herrschaft zu erdulden haben.

In einer einstimmig angenommenen Resolution erkennt die Konferenz an, daß zur nachdrücklichen Wahrnehmung ihrer Interessen eine starke einheitliche Organisation notwendig ist. Aus diesem Grunde lehnt sie entschieden alle Bestrebungen ab, die darauf hinauslaufen, Teile der Organisation, sei es aus besonderen aber falsch verstandenen Berufsinteressen oder parteipolitischen Motiven, abzusplitteln. Dieses Bekenntnis zur Einheit bildete den würdigen Abschluß der arbeitsreichen Tagung. Sie hat ausser erwiesen, daß sich die Gewerkschaften und ihre an verantwortlicher Stelle stehenden Funktionäre ihrer hohen Mission bewußt sind und daß sie nichts scheuen, um ihre Kenntnisse auf wirtschaftlichem und fachtechnischem Gebiete zu erweitern, um das so Gewonnene nützlich anzuwenden zum Wohle der Allgemeinheit, der sie dienen.

Moskau und Genua.

Das Moskauer Zentralkomitee ist am 27. Januar einberufen worden, um über die Teilnahme Sowjetrusslands an der Genuaer Konferenz zu beschließen und die Konferenzdelegation zu wählen. Die Antwortnote Ushischers auf die Einladung Bonomis erklärt, daß die russische Delegation mit allen Vollmachten ausgestattet sein werde und ersucht, möglichst bald genaue Angaben über die Zusammenfügung der Konferenz und über ihr Programm zu machen.

Ushischerin wendet sich in einem Rundschreiben gegen die Behauptung der französischen Presse, daß Sowjetrussland die Konferenz von Genua dazu ausnutzen werde, um sie zu einer Propaganda-tribüne zu gestalten. Dies sei absolut unmöglich. „Wir erstreben schon längst eine Annäherung an die anderen Mächte, vor allem in Wirtschaftfragen, und gehen mit dieser Absicht zur Konferenz. Der Wiederaufbau Russlands ist die Aufgabe der Sowjetregierung, die damit nicht den leisesten Gedanken an Propaganda verbindet. Wenn der „Temps“ vom 18. Januar sich auf die „Pravda“ beruft, die von einer Fortsetzung unseres Kampfes in einer neuen Form spricht, so meint die „Pravda“ nicht anderes als den Kampf um unsere Existenz und die Befestigung der Volksherrschaft in Russland. Uebrigens muß man davon Notiz nehmen, daß die „Pravda“ ein Privatorgan(?) ist, für welches die Sowjetregierung bzw. das Volkskommissariat des Äusseren nicht verantwortlich ist.“

Bei den Südtiroler Gemeindegewerkschaften erhielten die Italiener in Vojen, Meran usw. keine Mandate.

mit solcher Gewalt gegen die Schiffsplanken gepreßt, daß es zertrümmert wurde und mit den drei Mann, die in ihm Platz genommen, verschwand. Anzuweisen war das Deck des Schiffes ein Gutessen geworden. Hitze und Rauch erstickten uns. Wir waren genötigt, beständig Mund und Nase mit nassen Lappen zu kühlen. Trotz unserer verweirtesten Zeichen wurden wir von keinem Schiff gesichtet. Das Deck stand bereits in Flammen, und wir hatten jede Hoffnung auf Rettung aufgegeben, als uns endlich ein Fischdampfer bemerkte und heransteuerte.“ Der Kapitän des Rettungsdampfers berichtete über die Schwierigkeiten der Hilfsaktion. Als er mit einer Schotlupe an das Schiff herangekommen war, rief er den Leuten zu, sich ins Wasser zu werfen, aber nur einer hatte den Mut, den Sprung zu wagen. Die Schotlupe legte sich nun dicht an das brennende Schiff, und der Kapitän selbst kletterte mit einigen Matrosen an Bord, von wo er acht Mann rettete. Ein alter Matrose kletterte sich verweirtest an die Schiffswand. Er war zu schwach um sich selbst zu retten. Nachdem der Kapitän die übrigen Matrosen an Bord seines Schiffes gebracht hatte, fuhr er so nah an die brennende „Beja“ heran, daß es der Mannschaft möglich war, den armen, alten Matrosen, dessen Schuhe bereits Feuer gefangen hatten, und den die Kräfte zu verlassen drohten, auf das Schiff zu ziehen. Kurze Zeit darauf versank die „Beja“.

Nachmals das letzte Kollektion. In unserem Artikel vom 30. November: „Wie lange noch?“ schreibt uns jetzt das Provinzial-Schulkollegium, daß die Angaben in diesem Artikel nicht zuträfen; es sei „amtlich“ festgestellt worden, daß sowohl die Wüste Wilhelms des Rechten als auch das dazu gehörige Konsole (s) o n im Jahre 1919 entfernt und an der dadurch leergewordenen Stelle eine hölzerne Ehrentribüne angebracht worden sei — und zwar auch schon 1919. Demgegenüber stellen wir nochmals auf das bestimmteste fest, daß das letzte Kollektion noch am 30. November 1921 seinen alten Platz inne hatte und daß zu diesem Zeitpunkt an dieser Stelle von einer Ehrentribüne nichts zu sehen war. Unser Artikel bewirkte zunächst, daß das Kollektion verschwand; aber noch Mitte Dezember war an dem letzten Platz von der Ehrentribüne ebensomöglich etwas zu bemerken, wie vorher. Erst jetzt im Januar stellte unser Mitarbeiter fest, daß man an der letzten Stelle eine hölzerne Tribüne angebracht hatte. Das Provinzial-Schulkollegium ist somit „amtlich“ falsch unterrichtet, und es läßt gut, in Zukunft mit seinen „Berichtigungen“ und den daran geknüpften moralischen Belehrungen etwas vorsichtiger zu sein.

Volkstheater, Theater am Kaiserplatz. Infolge eines Bühnenbefehls muß am Donnerstag, den 28., anhalt. Der lahrende Schüler damit den Teufel, und „Der gefesselte Kater“ um 7 Uhr, König Lear“ zur Aufführung gelangen.

Deutsches Theater. Im Spielplan treten für die nächsten Tage folgende Änderungen ein: Donnerstag: „Tartuff“, „Scapino Schmeicheltücher“. Freitag und Sonnabend: „Kranke“, „Sonntag nach: „Prinz Louis Ferdinand“, abends: „Tartuff“, „Scapino Schmeicheltücher“. Montag: „Kranke“. In den Samstagspielen wird Sonntag nachm. „Othello“ gegeben.

Gedichte der Gefangenen von Ernst Toller ist jetzt Ernst Toller, am 28. abends 7, Uhr, in der Kroll-Opern- und Schauspielhaus, Petersburger Str. 30.

Die Tagesleistung der Justiz.

Eine Kasernentragedie.

Eine Verhandlung, die ein grelles Schlaglicht auf die Verhältnisse der Reichswehr wirft, fand am Dienstag vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof an. Angeklagt waren der Gefreite Fischer und der Kraftwagenführer Standtke, die beiden Vertrauensleute der 1. Kompanie der Kraftfahrabteilung Nr. 3 in Lankwitz. Die Anklage lautete auf Achtungsverletzung gemäß § 91 des Militär-Straf-Gesetzbuches mit folgender merkwürdiger Begründung:

Im Sommer 1921 nahm sich der Soldat Uhlitz das Leben. Auf seinem Sterbelager hat er die beiden Angeklagten, seinem Vater mitzuteilen, daß er

durch schlechte Behandlung seiner Vorgesetzten zum Selbstmord gekommen sei.

Sie sollten auch dafür sorgen, daß der Verfall in eine linksstehende Zeitung käme. Den Wunsch des Sterbenden haben die beiden Angeklagten ausgeführt mit der Folge, daß gegen sie Anklage erhoben wurde, weil sie durch ihre Mitteilung eine Achtungsverletzung gegen ihre Vorgesetzten begangen hätten. Dem nicht militärischen Normalmenschen wird eine solche Anklage allerdings nicht in den Kopf kommen.

Die Verhandlung nahm den vorläufigen militärischen Verlauf. Die Vorgesetzten, durch deren Behandlung Uhlitz, wie er erzählt hat, zum Selbstmord getrieben worden ist, waren nicht die Angeklagten, sondern wurden als Zeugen über ihre Handlungsweise vernommen. Natürlich waren sie sich nicht der geringsten Schuld bewußt und nahmen die Gelegenheit wahr, um dem toten Uhlitz und den beiden angeklagten Vertrauensleuten ein schlechtes Zeugnis über das andere auszustellen. Wer beim Militär gewesen ist, weiß, daß ein Vorgesetzter auf keine Weise vorschriftsmäßigem Wege, ohne gegen die kleinste Bestimmung zu verstoßen, einen Untergebenen zur Verzweiflung treiben kann. — Ein Zeuge aus dem Mannschafstand bekundete, daß Uhlitz an seinem Todestage ihm wörtlich gesagt hat:

„Ich möchte erst dem Hauptmann und dann mit einer Kugel durch den Kopf schießen.“

Einen Höhepunkt bildete der Staatsanwalt. Er erklärte, daß das Verhalten der Angeklagten von christlicher Gerechtigkeit zeugt, und beantragte gegen Fischer und Standtke, deren Standtke zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Scheweier, erklärte die Anklage als geradezu unfassbar, weil sie dem natürlichen Empfinden des Volkes widerspricht, das die Übermittlung der letzten Worte eines Sterbenden als Ehrenpflicht betrachtet. Er beantragte Freisprechung. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß die Beweisaufnahme nicht ergeben hätte, daß die Vorgesetzten am Tode des Uhlitz schuld seien. Die Angeklagten hätten ihre Stellung als Vertrauensleute verkannt und eine bewusste Beleidigung ihrer Vorgesetzten angesetzt. (7) Fischer wurde zu 43 Tagen Gefängnis, Standtke zu drei Wochen Arrest verurteilt. Seltener Verurteilung wurde bedingte Begnadigung und eine Bewährungsfrist von drei Jahren gewährt. — Dieses Urteil wird niemand im Volk bereuen, am wenigsten aber den Herrn Staatsanwalt, der in der Übermittlung des letzten Wunsches eines Sterbenden „christliche Gesinnung“ erblickt!

Die Rache des Militarismus.

Der Schriftsteller Wandt, der in der „Clappe Geni“ die Sünden der Klepperneglekt bloßgestellt hat, wird dafür vom Militarismus mit der ganzen diesem eigenen Rachsucht verfolgt. Die

Verwechslung der Personnummer eines Fürsten Neuf Die Fürsten Neuf heißen bekanntlich alle Heinrich und unter diesen hat nur nach der Nummer) büßte Wandt mit sechs Monaten Gefängnis. Am 11. Oktober 1921 wurde Wandt unter der Aufsicht des diplomatischen Landesvertrats (Veröffentlichung von Geheimdokumenten) verhaftet. Es handelte sich um Kriegsverbrechen, die der 4. Armee, welche Wandt in dem gegen ihn anhängigen Beleidigungsprozeß wegen des Buches „Clappe Geni“ zur Führung des Wahrheitsbeweises benutzen wollte. Obwohl Rechtsanwalt Bahn in einer anderen Strafsache Haftkautions gestellt hatte, mußte Wandt

15 Wochen in Untersuchungshaft

zubringen. Jetzt stellte sich aber der Verdacht des Landesvertrats als hollös heraus und demgemäß wurde Wandt auf telegraphische Anweisung des Oberreichsanwalts gestern aus der Haft entlassen.

Der Militarismus hat gleichwohl seine Rache genommen. Fünfzehn Wochen hat der unbewußte Enthüller grundlos im Gefängnis zubringen müssen. Wird man nun vielleicht erfahren, welche Stelle die Inhaftierung veranlaßt, und welche Justizbehörde es war, die diesem Wunsch so leichtes Herzens stattgegeben hat?

Die widerlegte Klassenjustiz.

Der Redakteur Bergholz von der unabhängigen Zeiter Zeitung „Der Volksbote“ wurde nach Meldung des „R. L.“ von der Raumburger Strafkammer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er anlässlich der Sondergerichtsverhandlungen die Urteile mehrerer Richter als Klassenjustiz bezeichnet hatte.

Kann man bländiger beweisen, daß es keine Klassenjustiz gibt?

Das Schießprivileg derer v. Kähne.

Unzählige Male haben die Junker von Kähne, die auf Schloß Tschow am Schwielowsee sitzen, die Potsdamer Gerichte beschuldigt. Die Herrschaften haben nämlich die angenehme Eigenschaft, auf jedem Menschen zu schießen, der — wenn auch gänzlich unschuldig — den Boden ihres Schlosses betritt oder den Schwielowsee befährt. Schon eine ganze Reihe von Ausflüglern sind durch die Kugeln derer von Kähne zu Krüppeln geschossen worden. Der Rufus oder hört nicht auf, weil die Justiz eine heilige Scheu hat, einen derer von Kähne etwa ins Gefängnis zu setzen, wohin jeder wandern würde, der sich als Richter als etwas erlauchte, sondern immer wieder nur Geldstrafen gegen die Junker verhängen, die von diesen mit verächtlichem Lachen gezischt werden. Am Dienstag stand nun wegen eines ganz gleichen Vorfalls der jüngste Sproh der Familie, Karl v. Kähne, wegen verübten Totschlags vor dem Potsdamer Schwurgericht. Ein Auto hatte sich am 8. Juli 1920 verschoren und war — wider Willen — auf das Gebiet des herrschaftlichen gelangt. Karl v. Kähne feuerte auf das Auto

aus dem Fenster des Schlosses drei Schüsse

ab, die zum Glück nicht trafen. Der private Schütze, der das Auto zu Pferde verfolgte und einhakte, hatte aber nach die Freiheit, zu dem Inhaber des Autos zu sagen: „Schade, daß die Angela nicht getroffen, sonst hätten Sie hodgeganden wie ein Hase.“

Wieder verlangte die Justiz bößja. Die Geschworenen bestimmten die Hauptfrage nach verübtem Totschlag und beschloß nur die Frage nach Bedrohung. Staatsanwalt Berlin beantragte gegen den Angeklagten, der bereits dreimal wegen Körperverletzung mittels einer Waffe verurteilt ist, sechs Wochen Gefängnis. Urteil: 10 000 Mark Geldstrafe. Die Zuhörer nahmen das Urteil mit Empörung auf, die wir teilen.

Die Schuldebatte des Reichstags.

Der Reichstag hat gestern nach Erledigung einer Reihe von Anfragen die Aussprache über das Reichsschulgesetz fortgesetzt. Abg. Annerl (l. Soj.): Der Gesetzesentwurf ist sehr mangelhaft. Eltern und Lehrerschaft sind nicht dazu gehört worden. Der Deutsche Lehrerverein spricht sich ganz entschieden gegen den Entwurf aus. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die die Reichsverfassung verbürgt, wird durch den Entwurf aufgegeben. Es ist das

Resultat des Weimarer Schulkommissions.

Wir werden die Vorzüge unterschieden bekämpfen. Eigenartig berührt es, wenn man dem Staatssekretär Schulz die Ansichten des Schulreformers Schulz gegenüberstellt, der gelebt hat, die Schaffung eines Reichsschulgesetzes müsse auf der Grundlage der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens erfolgen.

Abg. Weiß (Dem.): Die Bekämpfung zeugt von der konfessionellen Gesinnung noch sehr tief das Volk zerrissen. Festzuhalten ist, daß der Staat Schulherr ist. Der Staat ist Träger, nicht Träger der Schule. Wertvoll berührte es, den Staatssekretär Schulz betonen zu hören, daß die pädagogischen Gesichtspunkte hinter den politischen hätten zurücktreten müssen. Vielleicht hält Staatssekretär Schulz mit dem Schulreformer Schulz im stillen Kämmerlein eine kleine Zwiesprache. Der § 13 des Entwurfs macht aus der Bekennerschule ganz etwas anderes, als sie früher war. In der neuen Bekennerschule soll nicht nur Religionsunterricht erteilt werden, sondern der gesamte Unterricht soll im Geiste des Bekenntnisses gegeben werden. Wir bestreiten, daß nur dem Religionsunterricht ein besonders hoher erzieherischer Wert innewohnt. Der Geschichts- wie der naturkundliche Unterricht, um nur zwei Beispiele zu nennen, haben ebenfalls erzieherische Bedeutung. Das Hinüberwirken der Konfession auf die anderen Fächer führt pädagogisch zu Unzulänglichkeiten. In der Simultan- und in der Simultan- und in der Simultan- fächer in gleicher Weise zu ihrem Recht. Die

Weltanschauungsschulen sind Luzus

in einer Zeit, wo alle Gemeinden und auch der Staat und die Länder kein Geld haben. Das Elternrecht in allen Ehren, aber es hat seine Grenze an dem Recht des Staates. Die Abgrenzung der Rechte des Staates, der Kirche und der Familie ist von größter Wichtigkeit. Diese Abgrenzung verlangt auch die Verfassung, wenn sie vom „geordneten Schulbetrieb“ spricht. Unser Ziel ist die nationale Einheitsschule, doch wollen wir der Bekennerschule die verfassungsmäßige Gleichberechtigung zugestehen.

Staatssekretär Heinrich Schulz:

Bei diesem Gesetzentwurf ist es nur zu verständlich, wenn der Politiker das Wort führt, ohne natürlich den Schulmann beiseite zu schieben. Die Anhörung der Lehrer wie der Bischöfe hätte ins Uferlose geführt. Die Vertreter aller Parteien sind gehört worden. Abzüglich hat die Regierung alles weggelassen, was nicht unmittelbar mit dem Artikel 146 Absatz 2 zusammengehört. Dieser Artikel ist an und für sich schon ein kompliziertes und schwieriges Ding, daß die Beschränkung auf das Wesentliche durchaus notwendig war. Die Regelung des Privatschulwesens ist in Angriff genommen. Sie soll jedoch unabhängig von den hier zur Beratung stehenden Fragen erledigt werden. Den Vorwürf der Verfassungswidrigkeit weisen wir zurück. Die Formel des Weimarer Schulkommissions ist eben sehr vieldeutig. Die Ausschüßberatung wird vielleicht zeigen, daß der Entwurf doch nicht so schlecht ist. Der Entwurf wurde von dem Redner der Demokraten und der Deutschen Volkspartei heftig kritisiert, aber die Deutsche Volkspartei sah zu der Zeit, als der demokratische Minister noch den Entwurf herstellen ließ, in der Regierung. Ich bin nicht der Vater des Entwurfs, viele Faktoren im Reich und in den Ländern teilen sich in die Vaterhaft. Die Frage der Stellung der Lehrerschaft in dem neuen Schulwesen und die Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte ist ein sehr bedeutsames Kapitel, das hoffentlich im Ausschüß die Förderung findet, die es verdient. Wenn Abg. Hellmann meinte, die Gemeinschaftsschule

sei eine verkappte Bekenntnisschule, so stimmt das nicht ganz; denn in der Bekenntnisschule hat die Konfession auf alle Fächer Einfluß. Auch die Regierung ist

keine Freundin der Weltanschauungsschule.

Ihre Aufnahme in den Entwurf verdankt sie lediglich der juristischen Gewissenhaftigkeit. Im Ausschüß sind die Hochleute näher beieinander, und es ist zu hoffen, daß viele Schwierigkeiten eine bessere Lösung finden als in diesem Entwurf. Ich habe unter diesen Entwurf meine Unterschrift gesetzt, weil ich glaube, ihn gerade noch verantworten zu können. Ein Entwurf ist noch kein Gesetz, hoffen wir, daß dieser Entwurf zu einem Gesetz führt, das die so notwendige Beruhigung der Geister bringt.

Abg. Frau Lang-Brumann (Bayer. Volksp.): Die Gemeinschaftsschule steht der weltlichen Schule zum Verwechseln ähnlich. Die Bekenntnisschule wird zurückgesetzt. Wir lehnen deshalb den Gesetzesentwurf ab. Die Schule ist nur eine Hilfsanstalt der Familie; deshalb hat die Familie das erste Wort zu sprechen. Abg. Frau Jellin (Komm.): Die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs waren keine Begründung, sondern nur eine Entschuldigung, ein Plädoyer auf mildernde Umstände. Der Gesetzesentwurf ist eine saule Frucht von dem faulen Baume des Weimarer Schulkommissions. Die neue Schule muß das Durchschnittsniveau der kommenden Generationen heben und stützen. Wir weisen weltliche Schulen energisch zurück und verlangen, daß

die weltliche Schule

an Stelle der alten nationalen Schule die Haupterziehungsanstalt werde. Das Schicksal der Schule des Volkes wird nicht hier im Reichstag geschaffen. Wir führen den Kampf um die Schule als Kulturkampf und den Kulturkampf als Teil des proletarischen Klassenkampfes. Erst nach dem Siege des Proletariats ist eine weltliche Schulkonfession möglich.

Staatssekretär Schulz:

Dieser Entwurf ist nicht jenes Reichsschulgesetz, das folgendes eine Schulkonfession oder die ganze große Schulkonfession bedeutet. Dieses umfassende Reichsschulgesetz soll durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht ersetzt werden und kann nicht mit einem Zuge erreicht werden, sondern bietet das große Ziel, zu dem wir etappenweise vordringen können. Das latein wir bereits durch die Verabschiedung des Grundgesetzes, das tun wir durch das kommende Lehrerbildungsgesetz, das den Unterrichtsverordnungen der Länder vorliegt, das tun wir durch die

Förderung des Arbeitsunterrichts,

durch die Förderung begabter Kinder, durch das Jugendwohlfahrtsgesetz, das hoffentlich in absehbarer Zeit verabschiedet wird. Der vorliegende Gesetzentwurf steht lediglich mit der traurigen Tatsache der Zersplitterung des Volkes in Weltanschauungen und Konfessionen im Zusammenhang. Wir müssen so viel als möglich dafür sorgen, daß technische Leistung und Organisation des Schulwesens durch die weltanschauliche Zersplitterung nicht gehemmt wird. Zu dem, was ich geschrieben habe, stehe ich heute so gut wie gestern. Die Gegenwart, die wir Sozialdemokraten tun, die praktische Mitarbeit tun wir nur so weit, als unser Ziel, das daselbst geblieben ist, gefördert wird.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Der Staatssekretär ist dem Zentrum äußerlich und innerlich sehr nahe gekommen. Der Staatssekretär kommt mit seinem Gesetzentwurf und sagt: „Hier, bitte — es ist zwar nicht viel, aber mache du etwas daraus.“ Das Zentrum kann zufrieden sein. (Zuruf vom Zentrum: Nein!) Das glaube ich, Sie sind erst zufrieden, wenn der Papst im Berliner Schloß sitzt. Diese Schule hat uns zum Frieden und Verfall gelehrt. Im Krieg wurde Sengen und Morden als christliches Gebot erklärt. (Zuruf rechts: Uns wollen Sie an die Laternen bringen!) Nein, wir wollen Ihnen das Arbeiten beibringen. Das wird für Sie die schärfste Strafe sein.

Die Vorlage geht an den Bildungsausschüß. — Mittwoch 1 Uhr: Interpellation Hergt (Dnat.) über den Wagenmangel bei der Reichsbahn. Ausschüßberichte über die Frage des Kalkulmishaus.

Gewerkschaftsbewegung

Schulpolizei — Berufsbeamtentum.

Auf der Konferenz der Schulbeamten, die gestern in Berlin tagte und über deren Beginn wir bereits kurz berichteten, waren vertreten: Preußen, Sachsen, Bayern, Baden, Hamburg, Thüringen, Württemberg, Hessen, Bremen, Lübeck, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig und Anhalt. Außerdem der Verband der Beamten des Reichswasserschutzes, der Verband der Schulbeamten der ehemaligen Kolonien und der Reichsverband der Kriminalbeamten. Die Beamten der ehemaligen Kolonien wurden durch Hessen, Bremen wurde durch Hamburg vertreten.

Zur Tagesordnung: „Schulpolizei — Berufsbeamtentum“ — sprach der Generalsekretär des Verbandes Dr. Franke. Der Redner verbreitete sich in seinem sehr umfangreichen Referat im wesentlichen über zwei Gesichtspunkte für die Schulpolizei. Vom preussischen Ministerium des Innern liege ein Entwurf vor, der zur Regelung der geschlichen Verhältnisse für die Schulpolizei dienen solle. Dem Inhalt dieses preussischen Referentenentwurfs für das zu schaffende Schulpolizeigesetz, das auch den Ländern empfohlen werden solle, könnten aber die Schulbeamten nicht zustimmen, sie erwarten vielmehr, daß die gesetzgebende Körperschaft des Reiches gemäß Artikel 10, Ziffer 3 der Reichsverfassung ihren Forderungen Rechnung tragen wird, die in einem Gegenentwurf des Reichsverbandes festgelegt worden sind. Dieser Gegenentwurf verlangt lebenslängliche Anstellung mit Pensionsberechtigung, während der Regierungsentwurf nur ein Anstellungsverhältnis auf 12 Jahre vorsieht und nach Ablauf dieser Zeit den zur Entlassung kommenden Angestellten eine Hilfsversorgungsberechtigung zuerkennen will, wie bei der Reichswehr. Der Referent forderte die Eingliederung der Schulpolizei in das allgemeine Beamtentum. Auf alle Fälle müsse eine Basis für die Verständigung mit der Schulpolizei gefunden werden, deren erhaltende Tätigkeit im staatlichen Interesse leider viel zu wenig gewürdigt werde. Der Beamtensführer müsse endlich aus der durch seine unsichere Lage genährten Beunruhigung herauskommen, um arbeitsfreudig seinem schweren Beruf nachgehen zu können. (Beifall.)

Gehelmerat Krefh meinte, abgesehen zwischen beiden Entwürfen ein klarer Unterschied bestehe, sei eine Verständigung doch nicht ausgeschlossen. Der Reichsverband will den Berufsbeamten, die anders lautenden Gedanken des Referentenentwurfs müssen statt abgelehnt werden. Wir können dem nicht zustimmen, daß der Schulpolizeimann 12 Jahre als Beamter dienen, dann aber in Unsicherheit mit dem Zettel in der Hand warten soll, bis er in andere Verhältnisse berufen wird. In seinem Ziel auf die Reinhaltung des Beamtentums geht unser Entwurf viel weiter als der des Ministeriums.

In der Aussprache trat auch Dr. Böcker vom Deutschen Beamtentum für die Forderungen der Referenten ein, die in einer Entschlüsselung zusammengefaßt vorlagen und in namentlicher Abstimmung durch Ausruf der vertretenen Ortschaften und Organisationen einstimmig angenommen wurden.

Zusammenbruch des wilden Eisenbahnerstreiks.

Dresden, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Presse meldet eine Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks in Sachsen. Diese Meldungen entsprechen, wie wir feststellen haben, nicht den Tatsachen. Sie finden ihre Erklärung durch Falschmeldungen, welche von den hinter dem Eisenbahnerstreik stehenden sächsischen Kommunisten verbreitet werden. Der Zweck ist offenbar, weitere Eisenbahnerkreise zur Arbeitseinstellung zu veranlassen. Einen Erfolg haben diese Bemühungen nicht gehabt; im Gegenteil, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Streikbewegung vor dem Zusammenbruch steht.

Die Lage war am Dienstag folgende: In Dresden-Neustadt werden die Personen- und Güterzüge vollständig in Betrieb gehalten, ebenso der Bahnhof Welfiner Straße. Auf dem Hauptbahnhof Dresden hat sich die Schicht fast restlos zum Dienst gemeldet. Da inzwischen dem Personal des Hauptbahnhofes die Abfahrt der wilden Streikleitung bekannt wurde, den Streik möglichst sofort zu beenden, hat eine starke Friedensstimmung Platz gegriffen. Jedenfalls dürfte der Verkehr in ganz kurzer Zeit wieder voll aufgenommen werden. Am Dienstagmorgen wurden die Berliner und Leipziger Schnellzüge sowie die Personenzüge wieder sämtlich abgefahren. Nur der Schnellzug München ist noch ausgefallen. Obwohl das Personal in Birna in den Streik getreten war, sind die Züge pünktlich im Hauptbahnhof eingetroffen. Auf dem Bahnhof Dresden-Friedrichstadt zeigte sich eine vollständige Betriebs-

störung, weil eine sehr große Anzahl eingetroffener Güterzüge nicht bedient werden konnte. Die am Dienstagvormittag in großem Umfang erschienene Belegschaft des Bahnhofes hat inzwischen wieder eine Anzahl Züge abgefertigt. Einzelne Betriebsstörungen werden sich in den nächsten Tagen nicht vermeiden lassen.

Außerhalb Dresdens ist von dem Streik sehr wenig zu spüren. Nach den aus dem Lande eingetroffenen Mitteilungen ist es den mit der Führung der gewerkschaftlichen Organisation beauftragten Personen überall gelungen, die Eisenbahner von dem Anschluß an die wilde Streikbewegung fernzuhalten. Aus Leipzig und Zwickau liegen zwar Meldungen vor, daß die Werkstätten noch im Streik verharren, doch kann auch hier mit einem baldigen Abbruch gerechnet werden.

Nachmal. Ortsklasseneinteilung.

Die Klagen der Beamten über die Einteilung ihrer Wirkungsorte in zu niedrige Ortsklassen nehmen kein Ende. Es ist unmöglich, sie alle aufzuzählen, soweit sie uns zugehen, so verzeichnen und hoffentlich auch überflüssig, da wir in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ bereits berichten konnten, daß eine gründliche Umänderung bevorsteht. Erwähnt sei hier noch eine Klage aus Hahnentleewald, dem teuersten Kurort des Oberharzes, der in Klasse C eingereiht wurde. Kommen hier auch nur wenige Beamte in Frage, so gibt es doch eine ganze Reihe ähnlicher kleiner Orte, die schematisch eingestuft werden, ohne Rücksicht auf ihren Charakter als Kurorte, der eine ganz ausnahmsweise Höhe der Kosten des Lebensunterhalts bedingt, zumal in Höhenorten, die von der Bahnverbindung weit entfernt sind und eine Kurperiode von 9 bis 10 Monaten haben. Im vergangenen Sommer mußten sich in Hahnentleewaldswald junge Beamte wochenlang des Mittagessens verweigern, während sie zusehen mußten, wie die ausländischen Kurgäste mit unfremdem Papiergeld umherwarfen. Es führte zu weit, alle Gründe hier anzuführen, die es notwendig machen, den Doppelort in die Ortsklasse A einzureihen, bis die beabsichtigte Umgestaltung bewirkt ist, bei der die besonderen Verhältnisse auch besonders gewürdigt werden müssen.

Lohnverhandlungen im Reichsverkehrsministerium.

Am Dienstag vormittag begannen im Reichsverkehrsministerium die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsdelegierten und Eisenbahnverwaltung über die Neuregelung der in § 5 des Lohn-tarifvertrages vorgesehenen Uebersteigerungsaufschläge. Da eine gründliche Erörterung der Frage erfolgt, dürften die Verhandlungen längere Zeit dauern. Zunächst kommen die Direktionsstellen des besetzten rheinischen Gebietes sowie des westlichen Industriegebietes in Betracht. In den Verhandlungen sind neben den Vertretern der Gewerkschaften auch die zuständigen Bezirksleiter und noch im Dienst der Eisenbahnverwaltung stehenden Eisenbahner beteiligt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es zu einer Verständigung kommt, die den berechtigten Wünschen der Arbeiter in den meisten Bezirken entspricht.

Am Montag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Gewerkschaften statt, um das sogenannte Schwelgerabkommen der Eisenbahner auch auf die Verwaltung- und Betriebsarbeiter des Reiches zu übertragen. Eine Einigung konnte leider nicht erzielt werden, da die Regierung im Ausnahmefall aus prinzipiellen Gründen der Forderung der Gewerkschaften nicht stattgeben wollte. Die Verhandlungen mußten schließlich vertagt werden, um der Regierung Gelegenheit zu geben, sich mit dem zuständigen Ausschuss des Reichstages in Verbindung zu setzen, damit die schwebende Regelung der Bezüge für die Beamten in den besonders teuren Orten mit größtmöglicher Beilegung ihre Erledigung finden kann. Hiernach dürften aber dann für die Regierung die prinzipiellen Bedenken nicht mehr bestehen, und es ist dann zu erwarten, daß den Forderungen der Gewerkschaften voll entsprochen wird. Im gegenteiligen Falle wäre mit ersten Konflikten zu rechnen.

Der Hauptbetriebsrat beim Reichsarbeitsministerium.

Am 18. Dezember mußten die Wahlen zum Hauptbetriebsrat beim Reichsarbeitsministerium neu vorgenommen werden, da der frühere Hauptbetriebsrat wegen Fehler des Wahlvorstandes durch Spruch des vorläufigen Reichsgerichtsrates aufgelöst wurde.

Der Wahlgang von 1921 unterschied sich von dem des Jahres 1920 insofern, als dieses Mal vier Listen statt 16 aufgestellt waren. Die Sonderlisten einzelner Dienststellen sind verfallen. In diesem Jahre kamen nur eine freigewerkschaftliche Liste, R.A., Staats- und Gemeindefacharbeiterverband und der R.A., und je eine Liste des G.A., des G.A.B. und die der Reichsbereinigungen in Frage. Letztere setzt sich teils aus Mitgliedern verschiedener Vereinigungen, teils aus Unorganisierten zusammen.

Es standen also der freien Liste drei Listen gegenüber. Dennoch entfielen bei der Wahl auf die freigewerkschaftliche Liste 18584 Stimmen von 22000 abgegebenen Stimmen und der Rest von 3415 Stimmen auf die drei gegnerischen Listen und zwar 3088 auf die Liste des G.A., 4114 auf die der Reichsbereinigung und 1963 auf die des G.A.B. Damit ist der Beweis erbracht, daß auch in den Kreisen der Angestellten, trotz der Einverleibung der Reichsbereinigungen, der freigewerkschaftliche Gedanke tiefe Wurzeln gefaßt hat. Trotz aller Weissagungen des G.A. und des G.A.B., trotz aller

Verprechungen der Reichsbereinigungen sagten die freien Gewerkschaften und werden das nächste Mal noch größere Erfolge haben, wenn alle Funktionäre ihre Pflicht erfüllen.

Von den dreizehn Mitgliedern des G.A.B. stellen acht die freien Gewerkschaften, zwei der R.A., zwei die Reichsbereinigungen und eines der G.A.B.

Besonders erfreulich ist, daß bei den Wahlen der D.G.V. so häufig abgestimmt hat, wenn man bedenkt, wie gerade dieser Verband immer und immer wieder so großes Bösen davon machte, derjenige Verband zu sein, der bei der Angestelltenchaft das größte Vertrauen genießt. Aber man weiß in den Angestelltenkreisen sehr genau, daß man von Reichstagsabgeordneten wie Herrn Thiel von der Deutschen Volkspartei und Herrn Lambach von der Deutschnationalen Volkspartei sicher nicht viel Gutes für die Angestellten erwarten kann, wenn man bedenkt, daß es gerade diese zwei Parteien waren, die mit dem G.A.B. Demokraten den Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der von dem Abgeordneten Siebel gestellt war, „Angestellte bei Einstellung von Beamten nicht zu entlassen“, niederstimmten. Während man auf der einen Seite um die Gunst der Angestellten buhlt, läßt man sie im Reichstag im Stich. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei des D.G.V. mit den Demokraten des G.A.B., friedlich beisammen, reichen sich die Hände zum löblichen Tun, um die Angestellten in den Behörden mundtot zu machen. Das soll ihnen nicht gelingen!

Vergleichsverhandlungen im Mühlenarbeiterstreik.

Am Montag fanden vor dem Demobilisationskommissar Einigungsverhandlungen im Berliner Mühlenarbeiterstreik statt, die zu folgendem Ergebnis führten: Die Vertreter beider Parteien kamen dahin überein, ihren Mitgliedern folgenden Vergleichsvorschlag zur Annahme zu empfehlen: „Die Löhne der Berliner Mühlenarbeiter werden unter Verbeibehaltung von 4 Pfund Freimehl pro Woche wie folgt erhöht: Für die Zeit vom 16. Dezember v. J. bis 31. Januar 1922 von 450 M. um 100 M. oder 22 Proz. auf 550 M. und für die Zeit vom 1. Februar 1922 ab von 550 M. um weitere 25 M. oder 5 Proz. auf 575 M. Die Arbeit ist möglichst sofort wieder aufgenommen. Sämtliche am 28. Dezember in den Streik getretenen Arbeiter sind wieder einzustellen. Die Streiktage werden nicht bezahlt.“

Der Transportarbeiterstreik im Ruhrgebiet ist beendet.

Die Arbeit ist am Montag in allen Städten wieder aufgenommen worden. Die Sperrgebühren sind von 500 auf 355 M. erhöht worden. Nachregelungen erfolgen nicht.

In der Hagen-Schweimer Eisen- und Metallindustrie ist eine neue Lohnbewegung im Gange. Die Arbeitergewerkschaften die Forderungen der Arbeiter ab. Ein von den Gewerkschaften angerechnetes Schiedsgericht erklärte sich nach längeren Verhandlungen aufgegeben, einen Schiedsspruch abzugeben. Daraufhin hat fast die gesamte Arbeiterschaft mit 14-tägiger Frist gekündigt. Wenn innerhalb dieser Frist eine Einigung nicht erzielt wird, so ist nach 14 Tagen mit dem Stillstand der Werke im ganzen Bezirk zu rechnen.

Eisenbahner. Diejenigen Mitglieder unserer Organisation, die noch Streikunterstützung erhalten, haben dieselbe bis spätestens Sonntagabend auf unserem Bureau, Linienstr. 85-88 Zimmer 10, in der Zeit von 9-4 Uhr abzuholen. Spätere Reklamation wird nicht berücksichtigt. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

SPD-Verfasserarbeiten. Donnerstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelster, Versammlung. Tagesordnung: Die Aufgaben der Gewerkschaften und die bevorstehende Ortsverwaltungs-wahl. — Mitgliederbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Reinholdersband der Kochkassen und Keller. Heute 7 Uhr in der Schulhelfer-Bräuerie, Hohenstraße 21, Funktionärerversammlung aller in der Metallindustrie, der dem R. A. M. S. angehörenden Betriebe, leitenden Arbeiter, Gewerkschaften der Metallindustrie. Heute 7 Uhr in den Euphonia-Gärten, Schützenstraße 17/18, Versammlung. Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Versammlung: Donnerstag 8 1/2 Uhr in der Euphonia-Bräuerie, Hohenstraße 21, Versammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz in Kassel. Jahresbericht. Bericht der Gewerkschaften. Als Ausweis dient Mitgliederbuch. — Die Brancheneinleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Gruppliches Gewerbe, Gruppe A Buchhandel: Donnerstag 7 1/2 Uhr im Nationalhof, W. Wilhelmstr. 37, Gruppenversammlung. Bericht über die Urwahlkündigung. — Branche Selbstschaffender, Lagerarbeiter, Gruppe Arbeiterführer: Donnerstag 7 Uhr im Hotel Fenestra, Reichstraße 15, Versammlung. Bericht über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband über Lohn- und Entschädigung für Sonntagarbeit. — Gruppe C, Mineralöl- und Felle: Donnerstag 7 Uhr bei Witte, Poststr. 20, Gruppenversammlung. Bericht über den Stand der Lohnverhandlung. — Branche D, Öl- und Kerzenmacher: Donnerstag 7 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshaus, Engelster 24/25, Brancheneinleitung. Bericht der Lohnkommission.

Verband der Gärtner und Gärtnereibetriebe. Freitag 6 Uhr bei Schulhelfer, 20, Gruppe Gemeindefacharbeiter, Brancheneinleitung im Gewerkschaftshaus.

Aus der Partei.

Die Kreisversammlung des 17. Reichstagswahlkreises Ost-Hannover tagte am 24. Januar in Harburg und beschloß mit allen gegen vier Stimmen, den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Grafen Gustav Roske, als Spitzenkandidat für die nächste Reichstagswahl aufzustellen.

Veranst. für den rebalt. Titel: Franz Rißes Berlin-Abenteuer; für Anzeigen, Ad. Glaser, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 2, Ostra 1, Berlin.

Best 217
Metallhandwerk
Bewertungsstelle
Berlin
Den Mitgliedern
der Reichs- und
unser Kasse, der
Schloß
Eduard Knuth
Helmstr. 79
am 20. u. 21. ge-
horben ist.
Die Verdingung
findet am Mittwoch,
den 25. Januar, um
10 1/2 Uhr von
der Leihhalle des
Gemeinde-Friedhofes
in Friedrichstraße 6 aus
statt.
Ferner sind unter
Anleitung der Schloß
Otto Gurk
Helmstr. 9
am 22. u. 23.
Die Verdingung
findet am Donnerstag,
den 26. Januar,
nachmittags 2 Uhr,
von der Leihhalle des
Gemeinde-Friedhofes
in Friedrichstraße 6 aus
statt.
Euer
Rege Beteiligung er-
wartet
11/10
Die Oberverwaltung.

Innungskrankenkasse
der Dach-, Schleier- u.
Ziegeldecker in Berlin.
Am Donnerstag, den
2. Febr. 1922, abends
6 Uhr, im Restaurant
Waldstr. 21.
Außerordentliche
Auswahl-5. Sitzung.
Tagesordnung:
1. Wahl des Rechnungs-
auschusses für die
Verwaltung der Rechnung
für das Jahr 1921.
2. Beschlußfassung über
Satzungsänderungen.
3. Verzeichnis.
161 15 Der Vorstand.
Oranienstraße
verkauf 1. u. 2. für 1.
Hypothek 10 Jahre fest.
101 u. 102, A. 852 Rudolf
Messe, Fauerzteinstr.

Handwuschmittel
"Sofort rein"
reinigt die Hände
von
Te 7, Lack, Farbe, Tinte
und jeglichem Schmutz,
desinfiziert und greift
die Haut nicht an.
Überall erhältlich.
Ossel-Ges. m. b. H.
Berlin-Oberbismarck
Ostendstr. 14.
Tel. Oussin. 355.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsteil Berlin N 54, Unterhald 23 25.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 533, 534, 535, 536.
Betriebsräte der Metallindustrie
Untergruppe 17 (Installation, Akkumu-
lators, Ventile, Elemente).
Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr,
im Besprechungssaal der Schule Steinhilf, 31/34.
Betriebsräteversammlung
11/9
Die Ortsverwaltung.
Deutsch. Bekleidungsarb.-Verband
SPD.-Präsidium.
Donnerstag, den 26. Januar, abds 7 Uhr,
im Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Engelster.
Stellions-Verkaufung
Tagesordnung: Die Aufgaben der Gewerkschaften und die bevorstehende Ortsver-waltung wahl Referent: Kollege Fritz Runge.
Mitgliedsbuch der SPD und des Verbandes legitimiert.
Der Präsidiumsverband, J. K. Fritz Kroll.
Haut-Geschlechts-
Hauterkrankungen, Syphilis, Tripp u. ver-
altet, bei Männern und Frauen, ohne
Berufshinderung. Heilungsdauer über 30 Jahre
bewährt durch **Handwerks-Beleite**. — Sprech-
stunden: Montag, 9-11, 4-7, Sonntag,
1-11. — Heilungsort: Friedrichshagen, Berlin SO 16
Therapie- u. Naturheilanstalt, Berlin SO 16
Bismarckstr. 10 b (Bahnhof Jannowitzbrücke)

Prof. Dr. med. P. Mistelky, Arzt
angew. J. Anat., v. d. deutsch. Redlerkongress.
30-jährige Praxis

Platin-, Gold- u. Silberbruch
Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
Altmetalle
Roseneck, Berlin O
eine Minute vom Bahnhof Frankl A Ice, und
Neukölln, Fahrgeleitzung
Größtes Absatzgebiet für...
21 Ueig. 1004 21
Münzen
sammeln
Handlung.
Jeder Notgeldsammler
der sich nicht über
die Anzahl längstest
seiner Sammlung klar
sein will, sollte sich d. s.
in meinem Ver a er-
schienene
Merkbuch für
Notgeldsammler
112 Seiten stark, zum
Preis von M. 24,- für
M. 20,- portofrei, ohne den
Ver angen sie b t e Pro-
sp kt Einiges über Not-
geld" geg Einsendung
von M 1,- portofrei.
Victor Engelmann, Kiel.
Vormärts-Verbande und
Erfinder
Satz Vertriebsmittel,
Kaufmann u. Werkzeug-
führende Hersteller: Otto
neuer Welt 1/1918 ab
J. Grömann & Co.,
St. 21/1918 ab 1917/18

S. Schlesinger
Neue Königsstr. 21
(Ordnung-Haus)
ke'n Laden, II. Stock
In der neuen auf Firm-
und Hausnummer 21
28. 1918!

Kriegsanleihe wird zu 84% nur gegen Leistikulation in Zahlung genommen.
Jetzt noch billiger!
Pelzmäntel mit echten Opossumbesätzen 7500.-
Katzentjacketen 1750.-
Gummimäntel für Herren und Damen 525.-
Marango-Uister 142.-
Asraaanmäntel, la 750.-
Reinwollene Strickjacken 245.-
Sealplüschmäntel 200.-
Impr. Seidenmäntel 240.-
Kunstseidene Strickjacken 165.-
Covercoalmäntel 310.-
Kostüme 340.-
Plüschmäntel auf Seidenfutter 575.-
Kun twollene Sportjacken 54.10
Röcke, Kammzarn 163.-
1. Geschäft: Berlin W 8, 2. Geschäft: Berlin NO 18,
Mohrenstraße 37a Gr. Frankfurter Str. 115
Westmann